

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis durch die Post  
1,20 M. vierteljährlich

# Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt  
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro  
3gespaltene Petitseite

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 5 :. 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 106 :. Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 4. Februar 1910

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streifennotizen. — Unsere Jugendabteilung. — Gau Hamburg. — Gau Berlin. — Der Zwischenmeister der Firma Wunderlich in Berlin. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Rechtspflege. — Munoschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Wäckerchau. — Adressenänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 6. bis 12. Februar ist der 6. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.**

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Elberfeld, bei der Firma Dahl (Militärbrande) bestehen Differenzen. Zugang ist fernzuhalten. Leipzig, bei der Firma Feine (Lederverwarenfabrik) haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.**

### Ausland.

**Belgrad (Serbien). Die Taschen- und Kofferfabrik von Milan Stojanowice ist Differenzen halber streng zu meiden.**

### Unsere Jugendabteilung.

Den Beschluß der Gauleiterkonferenz, eine Lehrlings- und Jugendabteilung des Verbandes zu gründen, den wir nur freudig begrüßen können, in die Tat umzusetzen, ist eine dringende und zugleich schwierige Sache. Dringend, weil die sogenannte Ausbildung der Lehrlinge weiter nichts ist, wie eine verschämte, oft auch unverdächtige Ausbeutung billiger und williger Arbeitskräfte, die preisdrückend und demoralisierend wirkt, den Nachwuch und die Entwicklung der Industrie gefährdend. Wie oft klagen die Unternehmer nicht über den „fehlenden Nachwuchs“. Man hat Fachschulen gegründet, mittelalterliche Gesellenprüfungen wieder eingeführt usw.; das Resultat aller dieser Bestrebungen ist gleich Null. Und das ist begreiflich. Die Sache ist bisher von den Unternehmern gemacht und geleitet worden; bekanntlich hat aber eine Krabe der anderen kein Auge aus.

Wir brauchen nicht zu heucheln: Wenn unserer Klasseninteresse uns es eben so wenig notwendig erscheinen lassen würde, wie den Unternehmern, daß die jungen Leute anständig behandelt, ordentlich ausgebildet und körperlich nicht überanstrengt werden, würden wir uns keinen Mühsal um die Lehrlinge kümmern. Nur Arbeiter, die noch nicht begriffen haben, daß ihre Interessen nicht mit denen der Unternehmer zusammenfallen, stehen in der Lehr-

lingsfrage noch auf dem beschränkten Unternehmerstandpunkt. Wir haben eben auch hier wie überall den Vorzug, daß Menschlichkeit, Fortschritt und Arbeiterinteressen ein- und dasselbe sind.

Dringend ist die Sache außerdem, weil mit den nächsten Ostern wieder ein neuer Lehrlings-schub vor sich geht, was nicht achtlos übersehen werden darf. Dringend ist sie es endlich, weil bisher durch uns wenig oder nichts geschehen ist.

Gerade dieser Umstand zeigt schon, wie schwierig es ist, solche Jugendabteilungen einzurichten. Es wäre dies verhältnismäßig leicht, wenn die Unternehmer den Lehrlingen täglich 2-3 Stunden zu ihrer fachlichen Fortbildung freigeben würden. Aber auch dann wäre die Sache noch schwer genug durchzuführen. Eine vollkommene Lösung der Frage der fachlichen Ausbildung wäre nur möglich, wenn das gesamte Lehrlingswesen der Privatinitiative entzogen und zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht würde, wie schon heute das gesamte Unterrichtsweisen, die Ausbildung der Ärzte, Seemann, Techniker usw., wie es ja auch schon Maschinenbau, Handelsschulen usw. gibt. Das setzt aber die Vergesellschaftlichung der Produktion voraus und deshalb ist vorläufig nicht daran zu denken.

Wie ist aber unter den gegebenen Verhältnissen die Errichtung „fachlicher Ausbildungskurse“, wie sie das Statut der Jugendabteilung vorseht, durchführbar? Das Beispiel der Lithographen oder der bürgerlichen Handlungsgesellenorganisationen ist aus technischen Gründen für uns nicht maßgebend. Abgesehen von den großen finanziellen Opfern, die wir leisten müßten, wollten wir die jungen Leute arbeiten lehren, würde das für die diese eine ständige und anstrengende Ueberarbeit voraussetzen. Daran ist nun nicht zu denken. Eine weitere Schwierigkeit ist die Zielgestaltigkeit unserer Berufe, vom Geschirrsattler bis zu der ungemein differenzierten Portefeuillebranche. Gerade aber bei den Geschirrsattlern, wo so weit das Sattlergewerbe in Betracht kommt, das Lehrlingswesen am meisten verbreitet ist, dürfte die Errichtung von Fachabteilungen am schwierigsten sein. Ich kann mich da übrigens auf die Ausführungen der „Sattler-Zeitung“ berufen, die zu dem in Nr. 1 vom 9. Januar 1909 der „Portef.-Ztg.“ veröffentlichten Vorschlägen gemacht wurden: „Die Berufsverhältnisse bei den meisten Sattlerbranchen,“ heißt es da, „sind derartige, daß sie außer den Geschirrsattlern wenig mit Lehrlingen zu rechnen haben. Wir glauben, daß diese Sache mehr lokales Interesse beanspruchen wird und hauptsächlich auf Offenbach und zum Teil auch auf Berlin ausgedehnt ist.“

Diese Auffassung teile ich, wenn auch vielleicht noch andere Orte als Berlin und Offenbach in Betracht kommen. Aus den schon angeführten Gründen kann eine Errichtung von fach-

lichen Ausbildungskursen, wo den jungen Leuten arbeiten gelehrt wird, nicht gedacht werden. Was wir aber tun können, ist die Errichtung von gewissermaßen theoretischen Nachkursen.

Der große Fehler unseres heutigen Lehrlings-systems liegt in der Beschränkung auf gewisse mechanische Handgriffe, die man den jungen Leuten beibringt. Mit 17 oder 18 Jahren weiß der junge Kollege im besten Falle eine Damentasche, eine Reiserolle, eine bestimmte Sorte von Portemonnaies oder einen beliebigen anderen Artikel herzustellen. Ein allgemeiner Begriff der Lederverwarenerzeugung, ihrer praktischen Bestimmung, ihrer wirtschaftlichen Zusammenhänge, der theoretischen und praktischen Grundlage der Herstellung von Lederverwaren, der Behandlung der verschiedenen Lederarten, allein und in Verbindung mit anderen Materialien (Stoff, Pappe, Holz, Papier, Metall usw.), kurz alles, was eigentlich notwendig ist, um einen perfekten Arbeiter zu machen, fähig, mit den Wandlungen der Mode gleichen Schritt zu halten, das fehlt ihm vollständig, und nicht viele sind es, die es je erlernen.

Hier müssen die fachlichen Ausbildungskurse einleiten. Begonnen müßte mit einem leichtfälligen nationalökonomischen Lehrgang werden, der die Entwicklung der Lederverwarenerzeugung von ihrem Anbeginn zeigt, im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung selbst. Es müßte gezeigt werden, wie unter dem Einfluß der gesellschaftlichen Entwicklung die technische Entwicklung des Gewerbes sowohl wie auch die industrielle vor sich ging. Ein besonderes Kapitel müßte der Stellung des Lehrlings in Vergangenheit, Gegenwart und — wenn man will — in der Zukunft gewidmet werden. Dann müßte, mit praktischen Demonstrationen verbunden, die technische Behandlung der verschiedenen Materialien erläutert werden. Dem würden sich Erläuterungen über die geschmackvolle Ausstattung und Zusammenstellung von Lederverwaren anschließen, natürlich gleichfalls mit praktischen Vorführungen verbunden. Und schließlich, für den letzten Jahrgang, müßte ein Zeichenkurs eingerichtet werden. Natürlich kann es sich nicht darum handeln, fertige „Mustermacher“ zu liefern, sondern den jungen Leuten die Fähigkeit beibringen, Muster selbst zu zeichnen, ihnen die technischen Grundlagen — zum Beispiel in welchem Verhältnis der Keil zum Bügel steht — zu erläutern.

„Ja, aber wo die Lehrer hernehmen?“ wird man fragen. Nun, man schreibe die Stellen aus, verlange von den Bewerbern einen Auftrag über die Aufgaben eines Fachlehrers, honoriere sie anständig und man wird solche auch finden. Natürlich darf man sich nicht daran

höhen, Werkführer, die nicht Mitglieder des Verbandes sind, als Nachlehrer anzustellen, und vor allem sehr man darauf, nur solche Kräfte anzustellen, die sich in der Welt ungetan haben.

Was den zweiten Teil des Programms betrifft, die allgemeine Ausbildung, so bedarf es dazu ferner besonderen Einrichtungen. Man schreibe die Mitglieder der Jugendabteilung in die allgemeinen Jugendorganisationen ein und lasse sie an allen Veranstaltungen teilnehmen. Auch in unseren regelmäßigen Mitgliederberatungen sollen sie als Gäste willkommen sein.

Mit der Errichtung der Jugendabteilung bauen wir am besten und sichersten der Lehrlingsausbildung und -Züchtung vor. Wir wirken damit aber nicht nur ersperrlich auf die Jugend, sondern auch auf die „Alten“, was nicht immer überflüssig ist.

J. S. . . . .

**Gau Hamburg.**

Wenn in dem verflochtenen halben Jahr von jenen der Gauleitung nicht viel an agitatorischen Gebieten geschehen ist, so ist dies auf den Wechsel des Gauleiters zurückzuführen. Ein jeder, der einen solchen Posten übernimmt, muß sich erst in sein neues Amt einarbeiten, bevor von einer wirklichen Tätigkeit gesprochen werden kann. Dies war bei mir um so schwerer, da mich mein Vorgänger, trotzdem ich ihn datum gebeten hatte, auch nicht über das Gerinaste in Erfahrung brachte. Deshalb mußte ich meine freie Zeit dazu verwenden, das vorhandene Material zu studieren, um daraus die Verhältnisse im Gau kennen zu lernen.

Soweit ich in dieselben Einblick nehmen konnte, kann ich sagen, daß der größte Teil der Filialen gut organisiert und in diesen Orten nur noch wenig Kollegen für den Verband zu gewinnen sind. Die größte Filiale im Gau, Hamburg, steht leider an letzter Stelle. Hier sind ungefähr 50 Proz. organisiert. Wenn jedes unserer Mitglieder an Ort dem Verbands einen Unorganisierten zuführen würde, so wäre Hamburg nicht nur eine Hochburg der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch unseres Verbandes. Wenn auch zugegeben werden muß, daß hier unter schwierigen Verhältnissen gearbeitet wird, so könnten sich unsere Kollegen doch etwas mehr betätigen. Wenn der Vorstand von den Mitgliedern in Zukunft mehr unterstützt wird, werden auch hier größere Fortschritte zu verzeichnen sein. Durch die letzte Lohnbewegung hätte mehr erreicht werden können, wenn mehr Einsatz bei den Beteiligten gewesen wäre. Das Zusammenarbeiten der hiesigen Ortsverwaltung mit der Gauleitung kann im Gegensatz zu früher als gut und harmonisch bezeichnet werden. Wenn so weiter gearbeitet wird, so kann dies nur zum Nutzen der beiden Körperschaften und zum Segen der Organisation gereichen.

Weber die anderen Filialen kann vorläufig weiter nichts berichtet werden, da ich mit diesen, mit einer Ausnahme, persönlich noch nicht in Berührung gekommen bin. Da der größte Teil der Orte, in denen wir Verwaltungsstellen haben, wie schon erwähnt, verhältnismäßig gut organisiert ist, werden wir unsere Tätigkeit auf die Städte richten, wo wir noch wenig oder keinen Fuß gefaßt haben.

In der Delmenhorster Waggonfabrik Differenzen ausgedrückt waren, wurde ich im September nach dort gerufen, um mit dem Fabrikanten zu verhandeln. Es handelte sich hauptsächlich um die Einführung des Akkordlohens. Wenn dies auch nicht verhindert werden konnte, so verpflichtete der Unternehmer sich doch schriftlich, den bisher gezahlten Stundenlohn zu garantieren. Der Minimallohn wurde um 3 Pf. pro Stunde erhöht.

Bei dieser Gelegenheit hielt ich dort eine öffentliche Versammlung ab, welche von allen am Orte beschäftigten Kollegen besucht war. Kurz darauf konnte dort eine neue Filiale gegründet werden. Da die Kollegen daselbst ein reges Interesse an der Organisation zeigen, können wir die besten Hoffnungen auf diese unsere jüngste Tochter setzen.

Die Agitationskouriers, welche die Kollegen Blum und Schulze durch den Gau machten, haben nur wenig direkten Erfolg gezeitigt, doch waren die Referate für unsere organisierten Kollegen sehr anregend.

Auf der letzten Gauleitung wurde die Gauleitung beauftragt, behufs besserer Regelung der Arbeitsvermittlung eine Zentralstelle zu schaffen. Wir haben uns mit der Sache beschäftigt. Die Vorarbeiten sind dazu so weit gediehen, daß den Filialen das Material in der nächsten Zeit zugehen wird.

Der schriftliche Verkehr belief sich im letzten Halbjahr auf 54 Briefe, 82 Karten, 107 Stud-

ien, 1 Telegramm und 8 Sendungen verschiedener Art. Eingegangen sind 51 Briefe, 19 Karten, 38 Druckbriefe und 1 Telegramm.

Da unser Verfall in der Vorberichtszeit noch unter den Nachwirkungen der Krise zu leiden hatte, konnte ein großer Fortschritt in der Mitgliederbewegung nicht erreicht werden. Durch tatkräftige Agitation werden wir im neuen Jahr größere Erfolge erzielen. Hierbei mitzuhelfen ist Pflicht eines jeden Kollegen. Darum frisch auf zur erfolgreichen Arbeit. E. Waldner.

**Gau Görlitz.**

**Jahresbericht vom 1. Januar bis 31. Dezember 1909.**

Es ist ein erhebendes Gefühl, den Abschluß eines Jahres mit seinen Hoffnungen und Siegen an unserem geistigen Auge vorbeiziehen zu lassen.

Wenn wir Vergleiche anstellen zwischen dem, was getan wurde, und dem, was hätte getan werden können, welche Wünsche erfüllt und welche unerfüllt geblieben, so lassen sich neue Lehren für die Zukunft daraus ziehen.

Der Gedanke, daß uns auch dieses Jahr wieder vorwärts gebracht hat, trotz verkürzter Arbeitszeit, geringeren Verdiensts und Arbeitslosigkeit läßt uns Hoffnung für neue Taten schöpfen.

Auf zu den Vorgängen selbst im Gau. Nach dem Beschluß der Generalversammlung in Rölln werden fortan von den Gauleitern mit Jahresberichten herausgegeben. Trotzdem unsere Kollegen bis zum 1. April 1909 über die Vorgänge im Gau unterrichtet sind, holen wir das Gesagte kurz nach. Die Agitation, welche hier immer noch die Haupttätigkeit der berufenen Personen ausmacht, hat durch die Anstellung einer besoldeten Kraft eine Neubebung erhalten. Am 1. Juli erfolgte die Anstellung des Gauleiters, der am 1. Oktober 1909 die Verlegung des Ganizes von Breslau nach Görlitz folgte. Welche Rolle die Köhler Generalversammlung bezogen, diese großen Domänen unseres Berufes (Görlitz und Breslau) einer planmäßigen Bearbeitung zu unterziehen, wollen wir nicht mehr erörtern. Sie sind unserer Leserschaft bekannt. Die Agitation wurde im ganzen Gau intensiv gefördert, mit Ausnahme von Polen, wo es anderer Umstände halber noch nicht möglich war, nennenswertes zu leisten.

Agitations- und öffentliche Versammlungen fanden auf Veranstaltung der Gauleitung und des Zentralvorstandes (u. a. Tour Sachsen) zusammen 56 statt.

In 31 von diesen war der Gauleiter als Referent und zwar in Görlitz, Chemnitz, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Leipzig und Waupen je 5 mal, in Königshütte 2 mal, in Striegau, Pannau, Freiberg, Pannau, Chemnitz, Leipzig und Waupen je 1 mal. In 3 Versammlungen sprach der Kollege Müntzer. Im Frühjahr wurde ein Flugblatt in 1000 Exemplaren herausgegeben und besonders in den Provinzstädten verteilt.

In Oberschlesien brachte dasselbe guten Erfolg und konnte das erstmalig in diesem schwarzen Erdteil Fuß gefaßt werden. Hausbesuche wurden 123 vorgenommen, außerdem durch Busch in Polen ungefähr 40. Neugegründet wurden im Berichtsjahr die Verwaltungsstellen Pignitz, Königshütte und Striegau, Gnesen und Gagnau sind kleine Hilfsstellen, doch hat letztere Aussicht, sich zu einer annehmbareren Verwaltungsstelle auszubilden. Durch die Neuerteilung der Gaus ist Waupen und Bromberg dem Gau Görlitz einverleibt, so daß momentan 12 Jahressitze vorhanden sind.

In den meisten Jahressitzen wurden im Laufe des Berichtsjahres örtliche Agitationskommissionen gewählt. Der Schaffung von Untergauen wurde im letzten Vierteljahr Rechnung getragen. Mit Ausnahme von Pignitz, von wo aus es gelang, Erfolge in Goldberg, Pannau und Striegau zu erringen, kann von größeren Errungenschaften der Untergaue noch nicht gesprochen werden. In Schlesien braucht eben der Berufsgenosse Zeit, sehr viel Zeit sogar, zum Überlegen. Dazu kommt noch, daß ihn auch „Erfekten“ von anderen auch „Lassenkampf“ bewußten Verbänden gemacht werden. — Die in fast allen industriellen Orten mit großer Einnahme, aber desto weniger Erfolg auftretende gelbe Bewegung hat beispielsweise einen kleinen Prozentfuß unserer Kollegen in Breslau in der Waggonfabrik von Linke, unter dem Druck der Krise zu bestimmen vermocht, ihrem Fährlein zu folgen. Wir haben diesen Vorgang unseren Lesern in einem dementsprechenden Artikel schon mitgeteilt, so daß wir auf Einzelheiten verzichten können.

Auch die „Christlichen“ versuchten ihr Heil in Breslau unter den Sattlern, allerdings mit negativem Erfolg. Die Breslauer Kollegen besitzen selbst sozial Intelligenz, zur gegebenen Zeit ihren Willen durchzubrühen und brauchen dazu keine christlichen Schuster oder Schneider. —

Während die Jahre 1907 und 1908 leider an Lohnbewegungen waren, brachte uns das Jahr 1909 wenig materielle Erfolge. In Breslau war es die Lohnbewegung bei Prandl, welche mit bemerkenswertem Erfolg endete, aber auch dann erst nachdem man sich des „großen Aufwärtlers“ entledigt hatte.

Das Andenken an diese „beidenhätige Tour“ werden wir hochhalten und zur gegebenen Zeit erneuern.

Die Entlohnungen unserer Kollegen in der Waggonfabrik und die Fattil der selben Bundesbrüder finden unsere Leser ebenfalls in Nr. 3 unserer Zeitung besprochen.

Nährend muß hervorgehoben werden, daß die Firma Sternberg (Militäreffekten) im vorigen Sommer allen über ein Jahr im Vertriebe beschäftigten Kollegen einen Sommerurlaub von je 3 Tagen aus eigenem Antriebe bewilligt hat. 4 Pf. als Lohn pro Tag wurden vor Beginn des Urlaubs ausbezahlt. Wir wollen nicht die letzten sein, die einen derartigen Fortschritt anerkennen und begreifen, zumal sämtliche Kollegen langjährige Mitglieder unserer Organisation sind. Wir können dies so manchem anderen vor „Arbeitsleide“ übersehenden Unternehmer zur Nachahmung empfehlen.

Aufgenommen wurden 75 Kollegen, aber ein ausnahmsweise großer Teil ist abgereist. Einzelne Branchen, wie z. B. die Treibriemenarbeiter, sind fast zu 100 Proz. organisiert. Ein sehr criticalisches Zeichen, zumal ihnen das beste Beispiel von den Fabrikanten gegeben wird. Die letzten Artikel in unserer Zeitung über Fabrikantenprotest und Treibriemenverhältnisse dürften den Kollegen die Augen öffnen. Zwischen der Firma Weide, Treibriemenfabrik, und der Gauleitung kam es zu Differenzen über Verhältnisse. Das Jahr 1910 dürfte der Firma zeigen, wie es mit der „unbegünstigten“ Einmischung des Gauleiters in Betriebsverhältnisse aussieht. —

In der Waggonfabrik Hofmann (Zwischenmeisterbetrieb) gelang es der Gauleitung, unsere frühere Hochburg zurückzuerobern und familiäre Kollegen für uns zu gewinnen.

Die G. G. ist zu 95 Proz. organisiert. Schon in unserem letzten Halbjahresbericht schreiben wir, daß es möglich war, mit Herrn Schneider (Militäreffektenfabrikant) in persönliche Verhandlungen zu treten und insbesondere die Einstellung des entlassenen Vorstehers zu bewirken.

Herrn Schneider, der ja Leser unseres Verbandsorganes ist, möchten wir an dieser Stelle wiederum ersuchen, unseren im September eingegangenen Wünschen möglichst zuzukommen, da die in Brief gezahlten Löhne der Militäreffektenarbeiter weit hinter denen tarifmäßig zahlender Fabrikanten zurückbleiben.

Den jetzt allseitig einziehenden Unmut der dortigen Kollegen und die sich in nächster Zeit daraus ergebenden Konsequenzen werden wir noch aufhören zu wahren wissen. — Man gebe uns dann keine Schuld, provozierend und unvernünftig gehandelt zu haben. —

Glogau ist ebenfalls sehr gut organisiert und steht unter einer rührigen Leitung. Hier hat sich im Frühjahr eine kleine Lohnbewegung mit gutem Erfolg abgepielt, da die Militärsattler einer Werkstelle durch persönliches Vorgehen eine Verbesserung der Preise erzielten.

An den Kollegen der Koffer- und Lederwarenfabrik liegt es nun, ebenfalls ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Neuregelung zu unterziehen. Die letzten statistischen Fragebogen reden eine deutliche und traurige Sprache.

Görlitz, der jetzige Gauß, hat sich unter den neuen Verhältnissen schon etwas ausgerafft. Allerdings nicht in dem Maßgrade, wie es erwartet wird und wir es uns vorgestellt haben. Hier verdienen wirklich die Unternehmer einen Glorienschein für die einzig bestehende Züchtung ihrer Leute zu getreuen Fribolins.

Unsere Leser werden später in spaltenlangen Artikeln Einblick nehmen können in die hiesigen Verhältnisse unserer Berufsgenossen und ihre „Weltanschauung“.

Allerdings lassen sich die hier alleingewurzeltten Ansichten nicht in einem Vierteljahr ummodellieren, dazu gehört eine langwierige Kleinarbeit, die wir manchem Heider gern überlassen. — Erschwerend ins Gewicht fällt, daß die Konjunktur viel zu wünschen übrig läßt, daß der Wille des Eintritts wohl vorhanden ist, die Verdienstverhältnisse aber mifehrtable sind.

Trotzdem ist es uns gelungen, einen Fortschritt zu machen und was die Hauptsache ist, die bestehende Organisation mehr aufzurichten und die Kollegen zur Mitarbeit zu gewinnen.

Die heillosste Angst einer hiesigen Firma vor dem „nächsten Frühjahrstreit“ (!!) zeigt, was man für ein schlechtes Gewissen hat. Man traut „seinen Leuten“ doch nicht, obwohl man sich schon wieder eine gewisse Reserve gesichert hat von denen, welche



man auf Kosten der anderen ein paar Mark mehr verdienen läßt. Traurig aber wahr. Die Gauß-Verlegung ist ihnen schwer auf die Herzen gefallen, den Unternehmern sowohl wie einem Teil der „geübteren“ Arbeiter. Unsere Taktik verbietet uns, unsere Materialiensammlung jetzt schon der Öffentlichkeit zu übergeben, wir hoffen, daß das neue Jahr uns besser: Fortschritte bringt und die Kollegen sich wirtschaftliche Verhältnisse schaffen werden, wie sie menschenwürdig sind, so daß die Kollegen erlitteren, nicht aber nur vegetieren können.

In Hannover gelang es, einige Kollegen für uns zu gewinnen. Da hier nämlich die Koffer- und Taschenindustrie eine größere Rolle spielt, dürfte das Entstehen einer Verwaltungsstelle in Sicht sein.

In Jaueri Schl., berührt durch seine Wagenbauwerkstätte, wurde zweimal versucht, durch Versammlung und Hausagitation die Kollegen zu gewinnen, aber verfruchtlos vergebens. Sie erkennen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses an, aber alle „beseiden“ irgend etwas in den Büden und da geht es nicht. Was so ein „Beseidungsamt“, sagen wir als Werkführer, einbringt, ist: daß man nach 24jähriger Dienstleistung bei täglich 10ständiger Arbeitszeit 24 Mk. erhält. Man kann da er-messen, was so ein Anfänger erhält, der nichts „beseidet“. Begeidung für unsere Kollegen in Schleien ist es, daß, a. A. hier die Stellmacher und Schmieße tariflich 10 Stunden arbeiten, auch sich jetzt die Ladierer organisiert. Alle Verufe im Wagenbau haben um 6 Uhr Arbeitsschluß, die Sattler um 7 Uhr, etwas wird dann noch zu-gelassen und dann werden zu Hause Kottflügel ge-näht!!!— Da gegenwärtig sehr wenig Kollegen beschäftigt sind, werden wir später wiederkommen, da man sich's „überlegen“ und die gute Zeit ab-warten will.

Daß hier ein auch nur einigermaßen gewedter Kollege lediglich eine Kontrolle gibt, dürfte wohl unseren Lesern einleuchtend sein, daher der große Arbeiterwechsel auf der einen und die Verblüms-züchterei auf der anderen Seite.

Königshütte L.-S. wurde neugegründet und nahm einen guten Aufschwung. Dieser Ort selbst würde nicht allzuviel Kollegen aufbringen, aber bei der günstigen Lage geboren Kollegen aus der Umgebung zur Verwaltung Königshütte. Die-felbst es an ruhigen Zeiten, denn der dortige Vor-sitzende allein ist zu schwach, unsere Interessen voll-ständig wahrzunehmen. Ein ganz ansehnlicher Prozen-tus von Kollegen würde hier zusammenkommen, wenn einige agitatorische Kräfte vorhanden wären. Städte, wie Königshütte, Weuthen, Gleswitz und Zabrze, mit über je 60 000, Katowitz 40 000, Mat-tibor 32 000 und Dorfer bis zu 28 000 Einwohnern sind hier auf verhältnismäßig engem Raum zu-sammengedrängt. Das Ganze ist gewissermaßen eine einzige große Industriestadt. Hier ist eine immer-währende planmäßige Agitation notwendig und auch erfolgreich. Von hier aus geht auch ein ganz Teil von Kollegen ins innere Reich, da hier genügend für „Nachwuchs“ gejogt wird.

Viengitz wurde ebenfalls im Mai gegründet und weist gegenwärtig in seinem Mitgliederbestand nur ältere Kollegen auf.

Auch hier kann es nach unermüdlicher Tätigkeit gelingen, eine ansehnliche Zahlstelle zu bekommen. Die Lohnverhältnisse liegen auch hier sehr im argen. Namentlich werden unsere Verleidererinnenjattler ihre Löhne einer Memord unterlegen müssen. Auch auf die Organisierung der Hilfsarbeiter aus den Spielwaren- und Kinderwagenfabriken wird mehr Wert gelegt werden müssen. Die Leitung liegt in Händen einer unabhängigen Kraft, doch ist diese auch nicht imstande, alles außerhalb ihres Berufes zu machen, so daß an dieser Stelle die anderen Kol-legen zur Mitarbeit aufgemuntert werden.

Rosen wurde auf Antrag der Gauleitung Breslau vom Kollegen Busch-Leipzig aufgesucht. Seine Eindrücke, die nicht die besten waren, sind in Nr. 2 der Zeitung von 1909 entfallen. Gegen-wärtig ist eine etwas bessere Aussicht für uns vor-handen. Auch in Gnesen schlossen sich einige Kollegen unserer Sache an. Zum Schluß kommt die Gründung der Verwaltungsstelle

Striegau. Dieser Name ist älteren Kol-legen nicht neu. Wie haben erst vor kurzem einen Artikel über Striegau gebracht, so daß wir auf Einzelheiten nicht eingehen brauchen. Hier ist eine bekannte große Koffer- und Taschenfabrik maß-geliegend, außerdem die Kollegen der Stuhlfabrik und einige Kleinmeistergehilfen. Einige Kolleginnen und Kollegen sind vom Sattlerarbeiterverband überge-hten. Eine gewaltige Arbeit ist hier noch zu ver-richten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedürfen hier noch einer gewaltigen Aufbesserung. Auch herrscht hier, noch Heimarbeit unter recht traurigen Verhältnissen.

Außer den bereits angeführten wurden noch Agitationsreisen nach Schweidnitz, Bunzlau, Rauban, Greiffenberg, Pirischberg, Waldenburg und

Sagan unternommen, zum Teil mit Erfolg. Eine wohl noch recht wenig gewürdigte Tätigkeit der Gau-leitungen nimmt die schriftliche Agitation ein. Daß die Erledigung derselben ein ganz Teil Arbeits-kraft in Anspruch nimmt, ist aus nachfolgender Auf-zählung ersichtlich. Es gingen ein: 147 Briefe, 161 Postkarten, 2 Einschreibebündelungen, 28 Postanwei-sungen mit einem Geldbetrag von 521,45 Mk., 128 Teleschreiben, 27 Pakete und 1 Telegramm, zusammen 394 Konvokationsm. Es gingen aus: 252 Briefe, 179 Postkarten, 509 Teleschreiben, 6 Postanweisungen mit einem Geldbetrag von 134,70 Mk. und 5 Tele-gramme, zusammen 1251 Konvokationsm. Außerdem für die Verwaltungsstelle Breslau 343 Postausgänge verchiedener Art bis 1. Oktober 1909 und für Ostpreußen 89 derselben. Nicht in der Aufrechnung be-finden sich die dem Vertriebsmittlungsapparat her-beigekommen Einladungsstellen usw. Für Postporto wurde der Betrag von 76,60 Mk. ausgegeben. — Der Arbeitsvermittlung wurde ebenfalls die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Einer ganzen Anzahl Kollegen wurde durch die Gauleitung Stellung ver-schaffen. Neuaufnahmen wurden 152 gemacht. Ueber-getreten von anderen Verbänden sind 12 Mitglieder. Den Neuzugewonnenen steht ein großer Teil der Abgerechneten gegenüber, welche die „Reichstöpfe“ Schleiens mit denen anderer Gegenden vertauschten. — Die Einnahmen im Verhältnis zu der Mitglieder-zahl lassen viel zu wünschen übrig. Allerdings muß man die traurigen Erwerbsverhältnisse gegenwärtig dabei in Betracht ziehen; außerdem fallen jetzt die Beiträge bei dem Bezug von Erwerbslosenunter-stützung hinweg. An Ausgaben sind zu verzeichnen: Reisegeld 90,35 Mk., Arbeitslosigkeit 764,25 Mk., Krankheit 871,25 Mk., Sterbegeld 175 Mk. Für Notfall-, Unzugs-, Maßregelungsunterstützung und Nachsicht wurden 339,63 Mk. ausgegeben. Den Vorkassisten wurden 975,35 Mk. überwiesen. Die-selben zahlten über 200 Mk. an Unterstützungen aus. Der Vorkassistenbestand am Schluß des Jahres be-trug 1041,65 Mk. Am Schluß unseres Berichtes an-gekommen, erfahren wir die Kollegen, Post zu nehmen von den Leistungen in finanzieller Beziehung. Aus den Summen für Reise, Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. ergeben wir, daß der Verband bemüht war, die wirtschaftlichen Schläge, welche unsere Kollegen getroffen, nach Möglichkeit abzumildern. Aber noch haben wir nicht den Höhepunkt der früheren Ge-schäftsflorierung erreicht, und auch das Jahr 1910 wird noch manchen heftigen Wunsch nicht in Er-füllung bringen. Deito mehr gilt es für uns, die noch Fernstehenden aufzurütteln und sie an das schreiende Unrecht zu erinnern, welches täglich, ja stündlich an ihrer wirtschaftlichen Existenz begangen wird. Unsere vielen noch abseits stehenden Kollegen heranzuziehen, kann aber die Gauleitung allein nicht tun, hierzu ist gemeinsames Zusammenarbeiten aller nötig. Schwer ist der Kampf, den wir noch zu führen haben, auch ganz besonders gegen die Feinde des Koalitionsrechts und der freien Willensmeinung. Aber nichts kann uns abhalten, die österrischen Ver-zugslosen und Gewerksamen aus ihrer erbärm-lichen Misere zu befreien. Einer für alle, alle für einen, soll ganz besonders in Zukunft unsere Losung sein. Mit kollegialem Gruß M. B a r t s ch, Gauleiter.

**Der Zwischenmeister der Firma Wunderlich in Berlin.**

Der Zwischenmeister der Firma Wunderlich in Berlin, Krellmann, vor dem Gericht in Brand bei Freiberg. Vor dem Amtsgericht in Brand klagen die Sattlergehilfen Schilling, Göbler, Ritter und Müde, welche bei Krellmann in Arbeit waren, wegen kündigungsloser Entlassung. Da die Kollegen eine Kündigungsfrist von 14 Tagen haben, fordern sel-bige während dieser Zeit volle Beschäftigung, durch die ihnen ein Lohn von 20 Mk. pro Woche garantiert werden soll. Dem Angeklagten Krellmann steht Herr Rechtsanwalt Bedemann aus Brand zur Seite. Die erste Verhandlung fand am 28. Dezember 1909 statt. Im Anfang der Verhandlung machte Krell-manns Vertreter den Vorschlag, sich doch zu einigen, da er sich vom Austrag der Klage nicht viel ver-spreche, was aber dem Zwischenmeister nicht recht einleuchtend war. Die Kollegen ließen sich in eine Einigung nicht ein, und so mußte in die Verhandlung eingetreten werden. Herr Krellmann jammerte, man sollte doch Rücksicht auf ihn nehmen, da er doch nicht auf dem Geldfuß stehe. Er wollte die Verhandlung damit nur in die Länge ziehen, daß doch einige Kollegen den Mindestlohn nicht verdienen. Als zweiten Grund der Entlassung gab er an, daß ein Kollege am 3. Weihnachtsfesttag nicht nachgetragt habe, ob Arbeit da sei. Und er schrieb die Schuld der Firma Wunderlich zu, da er doch nur Zwischenmeister sei und der genannten Firma die Arbeit liefere. (Bei Zeugnissen gibt er als Unterschrift stets: Robert Krellmann, Mitarbeiter-statt, Firma Wunderlich Nachf., Berlin.) Der Amts-richter entgegnete aber, daß er doch die Leute ein-

stelle und Löhne auszahle usw., und somit der Ver-antwortliche sei und nicht die Firma Wunderlich. Die Arbeiter hätten auch nicht nötig, vor der Tür zu lauern, bis ein dinsten Arbeit da sei; der Fabri-kant wäre vielmehr verpflichtet, den Arbeitern recht-zeitig davon Mitteilung zu machen, daß er Arbeit habe. Da der Kollege Müde auch meistens nichts zu tun hatte, kam er am 29. Dezember v. J. später zur Arbeit als wie gewöhnlich. Krellmann äußerte sich ihm gegenüber: „Sie brauchen gar nicht er-it wieder anzukommen, Sie können gehen.“ Da Krellmann schon auf sein unrecht-mäßiges Tun und Treiben aufmerksam gemacht worden war, hatte er den 3 Kollegen Arbeit ge-gewen, welche aber fertig wurde, ehe ein neuer Posten aus Berlin gekommen war, und die Kollegen hatten wieder nichts zu tun.

Verhufs neuer Arbeitsaufnahme mußten die Ver-handlungen auf einen neuen Termin vertagt wer-den. Bei der zweiten Verhandlung bemerkte Krell-mann, daß der Durchschnittslohn nur bei 2 Kollegen stimmt, bei den anderen nicht. (Er war aber so schlau gewesen und hatte die Wochen herausgezogen, wo nicht voll gearbeitet worden ist.) Der Amtsrichter nahm jedoch selbst Einsicht in die Lohnliste, wodurch er herausfand, daß die Angaben der Kläger ganz genau stimmten, was auch der Vertreter des An-geklagten zugab. Krellmann führte aber immer wieder den Fall Müde an, worauf ihn der Amts-richter auf die Rechtsbelehrung in der ersten Ver-handlung hinwies, daß die Kollegen nicht vor der Tür zu lauern brauchen, bis Arbeit kommt. Darauf erklärte Krellmann sich bereit, die erste Woche zu bezahlen, die andere nicht. Es wäre genügend Arbeit da gewesen, die Kollegen haben nur nicht arbeiten wollen, um ihn zu schädigen. Die Kläger bestritten dieses ganz entschieden und machten dem noblen Herrn klar, daß, wenn genügend Arbeit vorhanden gewesen wäre, sie auch mehr hätten leisten können. Krellmann bestritt dies nochmals, worauf ihn der Amtsrichter darauf, aufmerksam machte, daß er sich widerspreche. Er habe doch vorher gesagt, er könne die Leute nicht voll beschäftigen, weil er nicht genügend Arbeit hätte. Auf die Frage, wer dies bezuglich könne, gab Krellmann darauf die Kol-legen an, die zurzeit noch bei ihm arbeiten. (Diese dienten auch durch Krellmanns Vermittlung bei der Firma Sebne in Leipzig auf einen Tag als Haus-reißer.) Der Amtsrichter erklärte Krellmann, daß die Vorladung dieser Zeugen nur gegen baren Vor-schub erfolgen könne, und das Gericht die entfehenden Kosten nicht auf Armenartei hin bezahle. Die Ver-nehmung der Zeugen schickerte an der Kostenfrage. Der Amtsrichter sagte außerdem: „Wenn er gewußt hätte, daß er (Krellmann) immer nur wieder den alten Kraut hervorhole, so würde er das Urteil schon gesprochen haben.“ Die Verkündung des Urteils wurde auf den 21. Januar 1910 vertagt.

Zu dem genannten Termin hatten sich auch drei Kollegen eingefunden, um das Urteil mit an-zuhören. Der Amtsrichter versuchte nun nochmals eine Einigung auf 20 Mk. zustande zu bringen; die Kläger erklärten sich hierzu bereit. Krellmann als „Preisdrücker“ wollte natürlich nur 15 Mk. geben. Die Kollegen erklärten hierauf, daß dann die Klage weitergehe. Da nun Krellmann sah, daß er nichts ausrichten konnte (er ließ sich auch von seinem Ver-treter belehren), erklärte er sich bereit, 20 Mk. zu zahlen. Sein Rechtsanwalt verzichtete sogar auf seine noch entstehenden Kosten, um nur die Sache aus der Welt zu schaffen, da er einsah, daß die Sache für Krellmann ungunstig stand. Durch Auf-forderung eines Kollegen verpfllichtete Krellmann sich, das Geld bis zum 25. Januar bei seinem Vertreter zu hinterlegen. Das Klageverfahren von weiteren 2 Kollegen gegen den Zwischenmeister Krell-mann schwebt noch.

Anschließend an diesen Bericht schreibt man uns aus Freiberg: Die Krellmann beruht, trotzdem den 8 Kollegen die 20 Mk. durch Gerichtsbeschluss zugesichert sind, zu handeln“, beweist folgen-der Fall. Ein Kollege welcher sich zurzeit bei seinen Eltern in Nassau im Erzgebirge aufhält, bekam eines Tages Besuch in Ge-stalt des Zwischenmeisters Krellmann aus Brand. Der betreffende Kollege nebst Angehörigen waren sehr erklaut über diese Ehre, welche ihnen zuteil wurde. Herr Krellmann fragte nun den Kollegen zuerst, ob er denn nicht mit 15 Mk. zufrieden sei; dann ließ er sich herbei, 17 Mk. geben zu wollen. Er könne auch, wenn Arbeit da wäre, so fort wie d e r a n f a n g e n. Der Kollege sei ihm stets der liebste von allen gewesen. Der Verband müße dem Kollegen nichts, die anderen 3 Kollegen wären nur Opfer. Der Kollege ließ sich aber nicht mit solchen Worten einschüchtern, da Krellmann ihn doch sonst stets schlicht machte. Wie Krellmann merkte, daß er auf eine schiefere Ebene geraten sei, fing er an zu jammern: Er habe von Sebne in Leipzig Arbeit holen wollen, er hätte aber keine erhalten und so-dann versprochen, 4 Kollegen nach Leipzig zu senden.

Diese habe er auch selbst zur Bahn gebracht (zum Schutze vor den anderen, welche gemauert hatten). Es sei aber sehr ungerührt zugegangen. Die Kollegen seien vom Bahnhof abgeholt worden und den ganzen Tag bis 10 Uhr abends in der Fabrik geblieben, und zu Mittag haben sie nur Schmitter (Brötchen) gehabt. Den anderen Tag seien die betreffenden Kollegen nicht wieder in die Fabrik hineingekommen, und das Schlimme sei, daß, wenn der Streik vorbei wäre, die (Mauereiferer) Kollegen wieder einlassen würden. Der von Streikmann besuchte Kollege hat diesem selbstverständlich erklärt, daß er dieses Verhalten für ganz in der Ordnung halte. Folleau! Mit was für einem Wohlgefühl muß Streikmann von seiner ergebnisreichen Mission zurück wieder zurückgekehrt sein?

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Zur Tarifbewegung in der Militärbranche.**

Nach längerer Ruhepause scheint auch die Tarifbewegung in unserer Branche in Fluß zu kommen. Nachdem die Fabrikanten es abgelehnt hatten, mit einer Kommission der Arbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen neu zu regeln, arbeiteten die Berliner Fabrikanten einen Tarifvertragsentwurf aus. Dieser Entwurf der Berliner Fabrikanten wurde von diesen auch den Fabrikanten in der Provinz zur Annahme empfohlen. An dem Widerstand der rheinischen Fabrikanten in dieser Tarif aber gescheitert. Den Herren vom Rhein war der Tarif, welchen die Berliner Fabrikanten ihren Arbeitern „Freiwilling“ anbieten wollten, viel zu weitgehend. Andererseits blieb dieser Tarif z. B. in den allgemeinen Bestimmungen hinter dem zurück, was die Berliner Kollegen schon 1905/1906 bezogen. Durch Rundschreiben der Tarifkommission der Militäratteller in dieser Tarif allen Kollegen der Branche hinlänglich bekannt. Er ist, soweit die allgemeinen Bestimmungen in Betracht kommen, im großen und ganzen eine Abschrift des Vertrages von 1905/1906. Der Passus betr. Heimarbeiter ist dahin abgeschwächt, daß Heimarbeiter gestattet ist, wenn der Arbeiter einen eigenen Hausstand besitzt. Die Berliner Fabrikanten scheinen aber ihre Kappenheimer zu kennen; sie fügten dem Heimarbeiterpassus an, daß Heimarbeiter dieselben Stücklöhne erhalten sollen. Das — scheint einigen „Fabrikanten“ nicht gepaßt zu haben. Man kann nämlich die schönsten Stücklöhne bewilligen und braucht sie nicht zu bezahlen, indem man den Arbeitern auf der Werkstätte sagt, wenn Tarifpreise verlangt werden: „Sie brauchen den Artikel gar nicht zu machen“, und läßt die Arbeit einfach von Heimarbeitern und Handfräutern anfertigen, denen man dann 10—20 Proz. weniger Arbeitslohn zahlt. Auf diese Art ist dann die betreffende Firma „kontingenzfähig“. Zu was für Zuständen so eine Kontingenz führt, haben wir vor 10 Jahren an eigenen Leiden erfahren und die Fabrikanten nicht in der. Damit diese traurigen Zeiten nicht wieder bei den Militärattellern eintreten, gilt es energisch für unsere Forderungen einzutreten. Wir müssen mehr als bisher unseren Fabrikanten auf die Fude rücken und eventuell die Doffentlichkeit zu Hilfe nehmen. Dies gilt in erster Linie für uns „Provinzler“, wo doch die Fabrikanten haufen, die es nicht nötig haben, einen wirklichen Tarifvertrag anzuerkennen.

**Berlin. (E. 31. 1.)**

Die Militäratteller beschäftigt sich in einer am Freitag, 28. Januar, abgehaltenen, überaus gut besuchten Versammlung mit der Lage in der Branche. Kollege Nibel referierte. Von der im September an die Fabrikanten gestellten Aufforderung, betr. die gemeinschaftliche Ausarbeitung eines Tarifs ausgehend, schildert Nibel den jetzigen Stand der Lohnbewegung. Er führte aus, daß ein Teil der Fabrikanten auf die Aufforderung nichtstehend, und der andere Teil gar nicht geantwortet hat. Vor allem war es Herr Badhaus, welcher mit der Tarifkommission absolut nichts zu tun haben wollte. Seinen Arbeitern versprach er zu Neujahr, einen Tarif selbst auszuarbeiten, welchen dann alle Fabrikanten in Deutschland annehmen sollten. Doch Herr Badhaus hatte die Rechnung ohne die Fabrikanten im Rheinland gemacht. Diesen Herren waren die Preise viel zu hoch. Daraufhin wurde ein neuer Entwurf ausgearbeitet, welcher noch mangelhafter als der erste war, so daß ein großer Teil der Berliner Fabrikanten dieses Anilum den Arbeitern gar nicht zu übergeben wagte. Hoffentlich zieht Herr Badhaus daraus, daß die Fabrikanten doch nicht, wie er glaubte, nach seiner Weise tanzen, die Lehre, daß Verbesserungen in der Branche nur gemeinschaftlich mit der Arbeiterorganisation einzuführen sind.

Da gerade in unserer Branche viel Reizansetzungen von Artikeln vorkommen, und es meistens an Differenzen über den Akkordpreis kommt, so tritt Nibel warm für die Einführung eines Schiedsgerichtes ein. Der von der Kommission und den

Vertrauensleuten ausgearbeitete Tarif stand nun zur Diskussion. Bei dem Passus „Heimarbeiter und Minimallöhne“ entspann sich eine rege Debatte. Das Alter der Heimarbeiter wollten einige Kollegen auf 50 Jahre gesetzt und den Minimalstundenlohn erhöht wissen. Doch wurden die Bestimmungen in der Fassung der Kommission angenommen. Von den einzelnen Akkordpreisen waren es die des Riemenzeuges, die lebhaft bekämpft wurden, und mußten auch einzeln Preise erhöht werden. Es wurde beschlossen, den ausgearbeiteten Tarif den Fabrikanten durch die Kommission zuzuhellen und dieselben zu einer Sitzung einzuladen. Sollten die Herren es nicht nötig haben, zu erscheinen oder zu antworten, sollen die Vertrauenskommissionen vorstellig werden und um Antwort ersuchen.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 28. Januar 1910 tagende Versammlung der Militäratteller Berlins ist mit dem von den Vertrauensleuten aufgestellten Tarifvertragsentwurf einverstanden. Sie beauftragt die Tarifkommission, denselben unverzüglich den Herren Arbeitgebern zuzufenden und erwartet von denselben, daß sie den berechtigten Wünschen der Arbeiter ein größeres Entgegenkommen zeigen werden, als bisher.

Desgleichen beauftragt die Versammlung die Tarifkommission, den Tarifentwurf mit einem die Verhältnisse in der Branche aufklärenden Begleitföhrreiben an das Kriegsministerium einzurücken.

Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, daß nur noch bis zum 15. Februar die Auszahlung des Weihnachtsgeschenkes an Arbeitslose erfolgen darf.

**Aus unserem Beruf.**

**Der Lohn der Streikbrecher!** Wie erinnerlich, fanden im Frühjahr vorigen Jahres in Nürnberg die Kollegen einiger Werkstätten der Decken- und Aufschabbranche im Streik, um ihre traurigen Lohnverhältnisse einigermaßen zu verbessern. Im Laufe einiger Wochen fanden sich jedoch eine Anzahl jener „nützlichen“ Elemente, welche man „Arbeitswillige“ nennt, die ihren kämpfenden Berufscollegen in den Rücken fielen und die Unternehmer einigermaßen aus ihrer Klemme befreiten — angeblich befreiten. — Diese Söldlinge wurden feinerzeit von den Unternehmern ob ihrer Tat geradezu gefeiert und ihnen das Wohlwollen der Herrn Unternehmer bis über das Grab hinaus verbürgt. — Und heute, nachdem noch kein Jahr darüber verfloßen ist, haben bereits alle ihren „Lohn“ erhalten, bestehend aus einem Tritt auf den Teil des Sörrers, auf dem man zu sitzen pflegt. So mander jener Kollegen dürfte jedoch gründlich davon kuriert sein, noch einmal eine Gastrolle als Unternehmerrückbildung zu geben. Das Gesändnis eines solchen „Arbeitswilligen“ hat dieses vorige Woche bewiesen. Niemand mehr würde er so etwas machen; er habe geglaubt, er könne immer Arbeit haben, jetzt sieht er da und könne nirgends mehr unterkommen; überall heiße es, er sei Streikbrecher. Das ist nun sein wohlverdienter Lohn. Von den Unternehmern abgesehen nach dem bekannten Muster: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen, von den ehrlich und rechtschaffen kämpfenden Kollegen und Arbeitern berichtet — bis, — nun bis er den Nachweis erbracht hat, daß er — unfruchtlich und ehrlich mit seinen Berufscollegen meint, und dieselben den Eindruck gewonnen haben werden, daß der Betreffende nur einmal gestraucht ist, jetzt aber treu und fest zu unserer großen Sache stehen wird.

**H. W. Die Lederwaren werden teurer!**

Die Vereinigung der Offenbacher Lederwaren- und Reiseartikelfabrikanten hat beschlossen, die Preise für Lederwaren zu erhöhen. Demzufolge wurde der Zentralvorstand des Verbandes deutscher Lederwarenindustrieller, Herr Schubertus in Schloßmader beauftragt, die Kundenschaft davon in Kenntnis zu setzen. Die Lederwarenfabrikanten motivieren ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf die Verteuerung des Leders, die in manchen Sorten 20—30 Proz. beträgt. — Wir wünschen den Herren Fabrikanten zu ihrer „Lohnbewegung“ einen vollen Erfolg, in der Erwartung, daß sie sich ebensowenig den Argumenten der Arbeiter bei etwelchen Lohnforderungen verschließen, wie sie es von ihrer Kundenschaft erwarten. Denn es steht doch fest, daß die Rohmaterialien, alias Lebensmittel, der Arbeiter eine noch größere Preissteigerung erfahren haben als das Leder. Dazu kommt, daß die Anforderungen an die Leistungen der Arbeiter größer geworden sind, was wiederum eine bessere Ernährungsweise bedingt. Können die Lederwarenfabrikanten durch Verwendung von Imitationen usm. sich helfen, so müssen die Arbeiter, um ihren Kräfteverbrauch einigermaßen zu ersetzen, vollständig auf Extragute und sonstige minderwertige Lebensmittel verzichten.

H. W. Eluen Prüfungsausschuss für das Portefeullergewerbe für den Hochau (Landkreis Offenbach) hat die Kandidatenliste veröffentlicht.

Die Lederwaren- und Taschenindustrie scheint in Schlesien immer mehr an Umfang zu gewinnen. So haben wir in letzter Zeit mehrere Male Inserate in Offenbacher und Berliner Tagesblättern bemerkt, durch welche tüchtige Portefeuller nach schlesischen Orten gesucht werden. Wir begrüßen die Entfaltung der Lederwarenindustrie, möchten aber alle Kollegen ersuchen, bei irgendwelcher Arbeitsannahme darauf zu dringen, daß die Arbeitsbedingungen den für Berlin und Offenbach geltenden Tarifbestimmungen in nichts nachstehen. Die in Görlitz, Prieß und Pannau beschäftigten Portefeuller und Reiseartikelatteller werden ersucht, dem Zentralvorstand oder der Verwaltung sofort über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen Nachricht zukommen zu lassen.

Die Berliner Schärfschnittmesser haben zu Beginn des Jahres eine lose Vereinigung geschlossen, welche in erster Linie den Zweck haben soll, jede Schutzfonturrenz untereinander zu vermeiden und nur gelernte Portefeuller oder Sattler unter den von unserem Verbands gestellten Arbeitsbedingungen zur Bedienung der Schärfschnittmesser einzustellen. Wir ersuchen unsere Kollegen, soweit sie Leder zu schärfen haben, ihre Aufträge nur an die Unterzeichneten des heutigen Inserats zu geben und alle anderen Schärfschnittmesser zu meiden.

**Korrespondenzen.**

**Trossen. (E. 21. 1.)** Unsere Generalversammlung war ausnahmsweise recht stark besucht. Es waren 170 Kollegen und Kolleginnen anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbrü man den vorhergehenden Kollegen Stoppod in der üblichen Weise. Die beiden Punkte, Bericht des Vorsitzenden und Kassenbericht wurden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen und den Kollegen für ihre Loyalität Anerkennung gezollt. Eine kürzere Diskussion entspann sich nur über die 53. Vertragswoche. Man vertohrte sich dagegen, es zur Regel werden zu lassen. (Alle 7 Jahre wird dieser Vorgang regelmäßig wiederkehren. Anmerk. d. R.) Der folgende Punkt der Tagesordnung erledigte sich glatt. Es wurden gewählt: Hermann Richter mit 169 Stimmen als 1. Vorsitzender und Otto Berndt als 1. Kassierer mit 168 Stimmen. Beide Kollegen nahmen dankend an. Die Erstatmännerwahl, sowie die Wahlen für das Agitationskomitee, die der Revisoren, der Arbeitsnachweisführer und stellvertretenden erledigten sich schnell, indem die vorgeschlagenen Kollegen ohne Ausnahme die Wahl annahmen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und dem Hinweis darauf, daß am 1. Februar im „Vollshaus“ eine sehr wichtige Versammlung stattfindet, in welcher die Kollegen vollständig zu erscheinen haben, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

**Oberrhein. (E. 21. 1.)** Montags, 8. Januar, fand im Saale „Zum Schwämmchen“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Agitation; 3. Wahl der Krisenverwaltung; 4. Verschiedenes. Anwesend waren 50 Kollegen. Die Geschäfte wurden in 10 Wortandsetzungen und 8 Mitgliederversammlungen erledigt. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde in bester Ordnung befunden. Der Lokalkassenbestand beträgt 518 M. Zu Punkt „Agitation“ wurde beschlossen, in der nächsten Zeit eine Hausagitation vorzunehmen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Heinrich Winter; 2. Vorsitzender: Leonhard Schreiner; Kassierer: Kaspar B. Döbert; Revisor: Seb. Albel, Kaspar B. Ott, Wilh. Kistner, Seb. Jäger. Erheber wurde Seb. Jäger mit 88 M. Jahresgehalt. Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde mitgeteilt, daß das hiesige Gewerkschaftsstatell mit dem 1. Januar 1910 aufgelöst ist. Kernner wurde der Beschluß gefaßt, der Distrikt alljährlich 10 M. zum Anschaffen neuer Bücher zur Verfügung zu stellen. Mit dem Appell, im neuen Jahre wieder recht fleißig zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Breslau. (E. 22. 1.)** In der am 15. Januar tagenden Mitgliederversammlung im „Grünen Bergel“ sprach Genosse Müller über „Gewerkschaftsorganisation“. Müller schildert eingehend die Einführung der gewerkschaftlichen Gerichte vor circa 100 Jahren in der Seidenindustrie in Lyon (Frankreich) und deren Fortentwicklung bis zur Gegenwart. In bestehenden und überlegenden Ausführungen schildert der Referent Nutzen und Vorteile des Gewerkschaftsgerichtes gegenüber den Berufsrichtern. Der Referent erklärte eingehend die Berechtigung zur Wahl und ermahnt dringend zur vollständigen Beteiligung. Der 14stündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Einige Diskussion fand nicht statt. Unser Vorsitzender gab



nunmehr die regelmäßigen vierwöchentlichen Mitgliederversammlungen bekannt, verliert auch die Statuten der Lehrlings- und Jugendabteilung und fordert zur eifrigen Agitation auf. Bei „Verschiedenes“ wurde noch lebhaft über Brandversicherungen debattiert, zu welchen auch Gauleiter Vortisch nach Breslau kommen wird. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die nur von 40 Kollegen besuchte Versammlung.

**Reipzig.** (E. 22. 1.) Am Freitag, 14. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, deren Verhandlung der wichtigen Tagesordnung zu wünschen übrig ließ. Kollege Pusch erstattete Bericht vom dem Streit bei der Firma Deime. In kurzen Worten legte er noch einmal die Gründe dar, die zu der Entlassung der zwei Kollegen geführt hatten. Er konstatiert, daß die Situation im Kampf unüberwunden ist. Obwohl die Polizei durch ihr Vorgehen die Streitenden einzuschüchtern versucht, stehen diese fest zusammen. Die Polizei geht in ungerechter Weise gegen die Streitposten vor, dieselben sind aber viel zu besonnen, als daß sie durch Ausschreitungen der Polizei Veranlassung geben werden, eingreifen zu können. Die Diskussion besaßte sich noch mit der Firma und den Arbeitswilligen, die sich in den letzten Tagen gefunden haben. Einmütig wurde beschloffen, den Kollegen Mierich, welcher stehen geblieben ist, aus dem Verband auszuschließen. Der Vorschlag des Vorstandes, den Streitenden eine Extratrainingübung aus der Lokalkasse zu gewähren, wurde angenommen. Es folgte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die am 14. Januar im Volkshaus tagende Generalversammlung der Sattler und Portefeuille nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem ungerechten Vorgehen der Firma Deime. Die Versammlung spricht den streitenden Kollegen hiermit ihre Sympathie aus und vertritt den Kollegen, sie in ihrem Kampf moralisch und finanziell zu unterstützen.“

Ferner fordert die Versammlung die Kollegen auf, den Kampf mit aller Energie weiterzuführen.“

Eine weitere Resolution lag noch vor, die bezug nimmt auf das Schreiben vom Zentralvorstand, diese wurde aber der vorgezogenen Zeit halber auf die nächste Versammlung zurückgestellt.

Darauf gab der Kassierer den Bericht vom 1. Quartal. Da alles in bester Ordnung befindlich worden war, wurde dem Kassierer einstimmig Fehdarge erteilt. Sodann gab der Vorsitzende den Bericht über das vergangene Halbjahr. Abgehalten wurden: 1. Generalversammlung, 3 öffentliche Versammlungen, 7 Mitgliederversammlungen. Zum Zwecke der Agitation wurden 3 Vorträge, und um den Mitgliedern Gelegenheit zur weiteren Ausbildung zu geben, wurden 2 Vorträge gehalten.

Nach Entgegennahme des Berichts vom Arbeitsnachweis kam ein Antrag zum Crisistatut zur Sprache, welcher die Gründung einer weiblichen Abteilung verlangt. Der Vorstand konnte sich aber noch nicht dafür erwidern. Eine Diskussion konnte der vorgezogenen Zeit wegen nicht stattfinden, so wurde er wieder zurückgezogen. Mit einem Appell an die Mitglieder schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Reipzig.** (E. 21. 1.) Am 8. Januar fand unsere regelmäßige Versammlung statt, welche zahlreich besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kartellbericht; 2. Abrechnung vom 4. Quartal; 3. Verschiedenes. Kollege Vortisch erstattete Bericht von der letzten Kartellbesitzung. Kollege Bischoff verlas die Abrechnung vom 4. Quartal. Unter „Verschiedenes“ kamen mehrere örtliche Angelegenheiten zur Sprache. Es ist traurig, daß hier noch solche Lohnverhältnisse existieren. Die Folgen davon sind, daß vor kurzem ein Kollege und ein Hilfsarbeiter wahnungsgeworden sind, denn das Trinkgeld von 9 und 11 Mk. das sie für ihre saure Arbeit erhielten, sollte bei dem einen für eine sechsstündige Familienlängen. Darum ist es jedes Kollegen erste Pflicht, für unsere Sache tüchtig mitzuarbeiten, daß sich einem Elend ein Ziel gesetzt wird. Ferner stellte Kollege Vortisch den Antrag, da in unserer Zeitung vielfach Fremdwörter enthalten sind, die manchem Kollegen schwer verständlich sind, es sehr wünschenswert wäre, diese Wörter durch deutsche zu ersetzen oder doch zu ergänzen. (Anmerk. d. R. Dieses geschieht doch aber wohl fast immer.) Hierauf entwickelte sich noch eine rege Debatte. Aufgenommen wurde ein Kollege.

**Wesl.** (E. 22. 1.) Am 15. Januar tagte unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung. Von der wichtigsten Tagesordnung interessierte der Jahresbericht, welchen Kollege Vortisch gab. In ausführlicher Weise schilderte Medner die innere wie äußere Tätigkeit der Verwaltung. Ein ziemlich bedeutendes Zahlenmaterial zeigte den Anwesenden, daß der Verband seinen Mitgliedern in allen Dingen finan-

ziell hilfreich zur Seite gestanden und manche Sorge und Not gemindert hat. Die äußere Tätigkeit war durch die Verbrennung der Kollegen sehr intensive, und wurde auch durch Schilanz seitens der Unternehmer vielfach unterbunden. Dies änderte sich, als der durch die hiesigen Generalversammlung bewilligte Gauleiter seines Amtes weichen konnte. Wenn es bisher einem kleinen Stamm Kollegen auch gelungen war, das Verbandsschiffchen durch Mühen und Brandung zu bringen, so ist es doch ein beruhigendes Gefühl, einen sicheren Steuermann an Bord zu rufen. Daß jetzt schon mehr Vertrauen in den Kollegenkreise herrscht, zeigt die Mitgliederzunahme, die allerdings größer sein müßte, in Anbetracht der intensiven Agitation. Mit dem Ausdruck der Hoffnung, den nächsten Jahresbericht ausgiebiger gestalten zu können, verbandet er den Dank an die Leitung für die bisherige Tätigkeit. Bei der jetzt folgenden Vorstandswahl wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt, außerdem erfolgte noch die Wahl eines Revisors und zweier Revisoren. Auf Antrag des Kollegen Vortisch wird das Bezirksleiteramt weiter ausgebaut, und werden diese Revisionsposten den sich freiwillig melden den Kollegen übertragen. Die Abrechnung vom 1. Quartal und von der Silvesterfeier wurde von den Revisoren für richtig befunden und wird dem Kassierer Entlassung erteilt. Der vorgezogenen Zeit wegen wurden einige Punkte für die nächste Versammlung zur Erledigung zurückgestellt. Ferner wird eine Anfrage der Kollegen aus der hiesigen Waggonfabrik dem Vorstand zur Beratung übergeben und die interessante Sitzung geschlossen. Anwesend waren 24 Kollegen.

**Wühlheim a. M.** (E. 22. 1.) Am 17. Januar hielt die Zahlstelle Wühlheim ihre Generalversammlung ab. Die Zahlstelle hat gegenwärtig 140 männliche und 8 weibliche Mitglieder. Bei der Abrechnung vom 4. Quartal verblieben der Zahlstelle 44,05 Mk. als Vorkassenergebnis. Der Antrag des Zentralvorstandes betr. Errichtung einer Lehrlingsabteilung wurde beifolgt und einstimmig angenommen. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

**Stettin.** (E. 22. 1.) Am 15. Januar fand bei Otto Krimsch, Kronprinzstr. 10, unsere Generalversammlung statt. Im 1. Punkt gibt der Kollege Wroblewski den Kasienbericht. Nach einer Richtigerstellung seitens des Vorsitzenden wird der Kassierer auf Antrag eines Revisors entlassen. Der Vorsitzende gibt einen Überblick über das vergangene Jahr, dem folgendes zu entnehmen ist: Der Mitgliederbestand ist von 28 am Anfang des Jahres auf 46 am Schluß desselben gestiegen. 22 Annahmen wurden gemacht. In 17 Orten sind 20 Einzelmitglieder. Die Einnahme aus ordentlichen Beiträgen betrug für die Zentralkasse 768,95 Mk. für die Lokalkasse 139,30 Mk. Insgesamt infl. Bestand 1284,42 Mk. An die Zentralkasse wurden gezahlt in bar 410 Mk., an Unterstützungen gezahlt 210 Mk. Aus der Lokalkasse wurden 69,50 Mk. Zuschuß zu den Unterstützungen gezahlt. Die Verwaltungskosten betragen 135,72 Mk. Diese Mitteilungen sind im Verhältnis zum Mitgliederbestand in Orte betriebligende zu nennen. Der Verwaltungsbesuch war im allgemeinen betriebligend; mit einigen Ausnahmen aus der Beitragszahlung. Mit der Zugehörigkeit der Einzelmitglieder ist für die Verwaltung ein gut Teil Arbeit hinzugekommen. Mit dem Wunsch, daß jeder dazu beitragen, die Verwaltungshilfe zu erweitern und so festigen, schließt der Vorsitzende. Die Wahl ergibt die Wiederwahl der gesamten Vorstandsmitglieder mit Ausnahme des Kassierers. An dessen Stelle wird H. Wroblewski gewählt. Die Auszahlung der Unterstützungen, die Arbeitsvermittlung und der Verkehr mit den Einzelmitgliedern (Zustellung der Zeitung und Beitragsanzahlung) wird dem Kollegen Lappan übertragen. Nach Erstattung des Kartellberichts wird beschlossen, daß jeder Kollege einen Jahresbericht dem Kartell und Arbeiterssekretariat zu entnehmen hat. Es wird auf die Organisierung der Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter hingewiesen. Die, welche hierzu Gelegenheit haben, wollen es benutzen, meinen aber, daß wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden wäre. Ein Antrag: Mittel zur Anschaffung von Büchern für die Bibliothek zu bewilligen, wurde für die nächste Versammlung zurückgestellt. Die Kollegen werden ermahnt, für gute Beteiligung an dem am 12. Februar stattfindenden Bergnügen zu agitieren. Die nächste Versammlung soll am Sonntag stattfinden, damit auch die auswärtigen Kollegen Gelegenheit haben, dieselbe zu besuchen.

**Eberfeld.** (E. 24. 1.) Am Samstag, 15. Januar, fand unsere leider schlecht besuchte Jahresgeneralversammlung im „Volkshaus“ zu Eberfeld statt. Unter Geschäftlichem gab Kollege Lambrich das Schreiben der Tarifkommission bekannt. Die hiesigen Kollegen sind mit dem alleinigen Vorgehen der Berliner Kollegen in betreff des Tarifs nicht einver-

standen, sondern erwarten vielmehr, daß eine allgemeine Aktion in dieser Frage einleitet wird. Laut Jahresbericht betrug die gesamte Einnahme unserer Verwaltungskasse 243,89 Mk., und die gesamte Ausgabe 214,18 Mk., bleibt also am Schluß des Jahres ein Bestand von 29,71 Mk. Der Mitgliederbestand ist infolge der Krise und der dadurch bedingten Abreise der ledigen Kollegen auf 90 zurückgegangen. Am schlußlichen sah es bei dem alten Statut unserer Kollegen von der Firma Clements aus; bei den anderen Firmen ist es nicht viel besser. Hier im Wuppertal ist selber viel geändert worden und die Gegenwart muß darunter leiden. Als die Verhandlungen im Eberfeld-Vorstand erledigt waren, erstattete Kollege Lambrich den Bericht von der letzten Kartellbesitzung. Bisher hatte die organisierte Arbeiterschaft zur letzten Verwaltungskassebehörde nur 2 Revisoren, haben aber Aussicht in diesem Jahre es auf 12 zu bringen. Das heißt, wenn die Arbeiter in diesem Jahre bei den Wahlen mehr als in den Jahren vorher ihre Pflicht erfüllen. Unter „Allgemeines“ wurde die Arbeitsnachweisfrage nochmals angelegt und besprochen.

**Erlangen.** (E. 24. 1.) Am Mittwoch, den 13. Januar, fand endlich unsere Generalversammlung statt. Die infolge Interesselosigkeit der Mitglieder vom 12. auf den 13. Januar verlegt werden mußte. Die Tagesordnung lautete: 1. Protokollverlesen, 2. Kasienbericht, 3. Jugendabteilung, 4. Kartellbericht, 5. Wahl der Verwaltung, 6. Verschiedenes. Der Schriftführer gab einen Rückblick der im vergangenen Halbjahr stattgefundenen Versammlungen, und zwar eine außerordentliche Generalversammlung, eine Kartellbesitzung, 5 ordentliche Versammlungen und eine öffentliche Versammlung sind zu verzeichnen. Sämtliche Versammlungen waren gut besucht, mit Ausnahme der öffentlichen Versammlung, die zu einer sehr unruhigen Zeit stattfand. Der Kassierer, Kollege Schörm, gab den Kasienbericht. Danach betragen die Einnahmen des 2. Quartals 126,21 Mk., die Ausgaben 121 Mk. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 109,84 Mk. auf. Daß unsere Lokalkasse in dieser kurzen Zeit so angewachsen ist, rührt daher, daß wir am Neujahrstag einen Familienabend arrangierten, von dessen Reberschluß wir derselben einen ansehnlichen Betrag überweisen konnten. Daß der Familienabend so günstig verlief, ist besonders unserem Kollegen Eckard zu danken, der es verstand, mit seinen komischen Vorträgen die Gesellschaft in bester Laune zu erhalten. Auch unser Gauvorsitzender Pöbner-Würzburg ließ es sich nicht nehmen, bei dieser Gelegenheit einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Erlanger Zahlstelle zu geben. Der Erlös einer an diesem Abend stattgefundenen Verlosung kam unseren Kollegen beim Militär zugute. Der Vorsitzende gab ein Schreiben des Hauptvorstandes besaßte, wonach hier eine Jugendabteilung zu gründen sei. Zu der Diskussion wurde jedoch darauf hingewiesen, daß wir hier eine Jugendabteilung vom Bildungsverein haben, die zurzeit in schöner Mute steht. Würden wir nun ebenfalls eine solche gründen, so würden wir dem Bildungsverein einen Strich durch die Rechnung machen. Diese Angelegenheit wurde einstweilen zurückgestellt, um sie dem Kartell zur Meinungsäußerung zu unterbreiten. (Anmerkung der Redaktion. Die Kollegen befinden sich da im Irrtum. Das Kartell hat zu dieser reinen Verhandlungsangelegenheit nichts zu beschließen. Organisationsfähige Lehrlinge und jugendliche Arbeiter müssen eben, gemäß den Köhner Beschlüssen, unserer Jugendabteilung zugeführt werden, dem Bildungsverein können die jungen Leute trotzdem angehören oder doch an seinen Veranstaltungen teilnehmen.) Dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht des Kartells ist zu entnehmen, daß dem Kartell 24 Gewerkschaften angeschlossen sind. Die Zahl der Mitglieder beträgt 1533 männliche, gegen 1424 im Vorjahr, und 207 weibliche. Lohnbewegungen, die von Erfolg waren, fanden statt bei den Holzarbeitern, Schmieden, Handschuhmachern, Wädem und Handels- und Transportarbeitern. Der Kasienbericht der Kartellkasse betrag 618 Mk. Das Resultat der Vorstandswahl war die Wiederwahl der alten Verwaltung. Bei „Verschiedenes“ ersuchte Kollege Schörm darum, Verhandlungsangelegenheiten nicht in den Werkstätten zu besprechen. Wie in Zukunft die Agitation zweckmäßig zu betreiben sei, wurde einstweilen der Verwaltung überlassen. Nachdem der Vorsitzende noch einen kräftigen Appell an die Versammlung gerichtet hatte, in Zukunft die Verwaltung tatkräftiger zu unterstützen, bei Versammlungen sowie in der Agitation, wurde die Versammlung geschlossen. Anwesend 15 Kollegen. — Wir wollen auch nicht veräumen, an dieser Stelle unseren Würzburger Kollegen den Dank abzustatten für die teilweise Rückergütung der Lokaltbeiträge.

**Cosmar.** (E. 26. 1.) Am Freitag, 14. Januar, fand unsere Generalversammlung wie gewöhnlich in der „Wädeherbette“ statt. Auf der Tagesordnung stand unter anderem Neuwahl des Vorstandes. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und zwar:



als 1. Vorsitzender Dr. Koch; als 2. Vorsitzender Jac. Wang; als Mährerer H. Chreßer; als Schriftführer A. Gebr. Beschlossen wurde, nur noch allmonatlich eine Versammlung abzuhalten statt wie bisher alle 14 Tage. Die nächste Versammlung findet am Freitag, 4. Februar, statt, wozu die Mitglieder gebeten sind, pünktlich zu erscheinen. Auf der Tagesordnung ist unter anderem ein Referat über „Ansjum“ und „Waffenkassafälle“ vorzulegen.

**Kranfurt a. M.** (E. 27. 1.) Am Sonntag, den 21. Januar, fand unsere Generalversammlung im Gewerkschaftshaus mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal; 2. Bericht des Vorstandes und der Agitationskommission; 3. Neuwahl des Vorstandes; 4. Verschiedenes. Um 10<sup>1/2</sup> Uhr eröffnete Kollege Wegner die Generalversammlung. Der Kassierer gibt folgenden Kassenbericht: Kassenkasse, die Einnahmen mit Bestand betragen 2061,65 Mk., die Ausgaben 20 Prozent = 409,45 Mk., an die Hauptkasse 1270 Mk., Meise- und Arbeitslohnunterstützung 90 Mk., Krankenunterstützung 285,75 Mk., ist eine Gesamtausgabe von 2065,20 Mk., bleibt ein Bestand von 6,65 Mark. Ertliche Verwaltung: Bestand 45,87 Mk., 20 Prozent der Einnahmen 409,45 Mk., Zuschuß von der Bezirkskasse 74,35 Mk., ergibt eine Gesamteinnahme von 530,71 Mk., Ausgaben 424,80 Mark inklusive 127,71 Mk. an die Bezirkskasse, bleibt ein Bestand von 105,37 Mk. Lokalkasse: Bestand 3179,97 Mk., Ausgaben 229,40 Mk., bleibt ein Bestand von 2950,57 Mk. Die Mitgliederbewegung im Laufe des 4. Quartals war folgende: Eingetreten 28 Mitglieder, Austritt 13 und abgereist 13 Mitglieder, ausgeschlossen wurden wegen Meise 7 Mitglieder, ausgetreten sind 3 Mitglieder. Es waren am Anfang des Quartals 323 männliche und 24 weibliche, am Ende 340 männliche und 25 weibliche Mitglieder. Namens der Meisoren erklärte Kollege Wöds, daß Meise und Wieder in Ordnung sind und beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was einstimmig geschieht.

Zum 2. Punkt, Bericht des Vorstandes, gaben der Vorsitzende, Kollege Wegner, und als Leiter der Agitationskommission der Kollege Kommet zu dem gedruckten vorliegenden Jahresbericht noch einen mündlichen Bericht. Zum 3. Punkt, Neuwahl des Vorstandes, wurde Kollege Wegner als erster Vorsitzender, Kollege Engel als Kassierer gewählt. Als Beisitzer wurden die Kollegen Frits, Hofmann, Walter sowie Stöck, und als Meisoren die Kollegen Wang und Krempel gewählt. Für den als Leiter der Agitationskommission auscheidenden Kollegen Kommet fand sich leider noch kein Ersatz. Es bleibt also Aufgabe der nächsten Mitgliederversammlung, diese Wahl nachträglich vorzunehmen. Offensichtlich wird sich bis dahin ein geeigneter Kollege bereit finden, das Amt anzunehmen. Als Kartelldelegierte sollen der Vorsitzende und der noch zu wählende Leiter der Agitationskommission funktionieren. Im „Verschiedenes“ wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

**Jügesheim.** (E. 27. 1.) Am 22. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung mit Jahresabschluss statt. Derselbe war gut besucht. Im Geschäftsbericht wies der Bevollmächtigte darauf hin, eine Agitation entfalten zu wollen und machten wir noch am selbigen Abend 4 neue Aufnahmen. Beim Punkt Neuwahlen der Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: zum ersten Bevollmächtigten Ad. Jos. Kern; zum zweiten Bevollmächtigten Karl Jäger; zum Kassierer Andreas Widoß; zum Schriftführer Joh. Engelbert Wolf; zum Beisitzer Andreas Kern. Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde beschloffen, eine Hausagitation vorzunehmen. Ferner wurde der Antrag gestellt, eine Zählstelle der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse zu gründen, was allgemeine Zustimmung fand.

**Leipzig.** (E. 28. 1.) Sektionsversammlung der Porteseuiller. Die am 24. Januar in „Stadt Mailand“ abgehaltene Versammlung der Porteseuiller nahm den Geschäftsbericht des Obmannes entgegen. Da sich eine Diskussion erübrigte, wurden die Wahlen der Sektionsleitung vorgenommen, in der auch einem Porteseuiller aus dem Buchbinderverband ein Sitz eingeräumt wurde. Hierauf erstattete Kollege S. Busch Bericht über den Streit bei der Firma A. Heine. Auf die ganze Angelegenheit hier näher einzugehen, wäre Raumverwendung, und wird dies in einem besonderen Artikel geschehen. Die ganze Sachlage ist unverändert. Die Streitposten erfüllen redlich ihre Pflicht, ist es ihnen doch gelungen, 10 Mann aus dem Betriebe wieder herauszuholen und circa 20 Mann von einem Engagement abzuhalten. Eine besondere Beleuchtung verdient die Handlungsweise der Polizei, welche den Arbeitswilligen „Schuß“ gewährt, dieselben nach der Arbeitsstätte geleitet und vor den Streitposten und deren „Belästigungen“

bewahrt. Im Stadtparlament nahm sich unsere Fraktion dieser Maßnahmen an und rügte das Verhalten der Polizei in scharfer Weise, so daß die Streikleute am anderen Tage den „Sicherheitsdienst“ einstellen. In der Diskussion wurde auch gegen das Verhalten des Zentralvorstandes protestiert, was sollte nicht bürokratisch handeln und am Buchbinder stehen bleiben. Die Praxis muß uns belehren, auch kann dem örtlichen Vorstände keine unkorrekte Handlungsweise vorgeworfen werden. Ferner sollte der Zentralvorstand seine Trohungen (?) unterlassen und Streikenden ihr Recht zu sprechen, sonst wäre es unmöglich, Kollegen zu finden, die sich in Kommissionen wählen lassen, um dann aufs Straßenpflaster zu fliegen. Wachtelnde Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Versammlung der Porteseuiller erkennt den Streit bei der Firma A. Heine als berechtigt an, erklärt den Streikenden ihre Sympathie und sichert denselben auch moralische Unterstützung zu.“

Nachdem noch auf das am 12. Februar stattfindende Wintervergnügen aufmerksam gemacht wurde, fand Schluß der gut besuchten Versammlung statt.

**Stillingen.** (E. 29. 1.) Am Samstag, den 22. Januar, fand nach fast einjähriger Pause wieder eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt Vortrag des Kollegen Garde-Stuttgart über: „Die Entwicklung der Zahlstelle Stillingen“. Er behandelte das Thema in leicht verständlicher Weise. Unter anderem führte Kollege Garde an, daß die Mitgliederzahl hier beständig schwankt; sie betrug z. B. im Jahre 1908: 18, im Vorjahre dagegen nur: 3. Zur Verbesserung gelangen nunmehr auch die Werkstattverhältnisse und die Arbeitslöhne eines Betriebes, die hier die denkbar schlechtesten sind. Es handelt sich um die Firma Staus, bei der 50 Prozent Hilfsarbeiter arbeiten. Besserung zu schaffen tut dringend not. Zum Kassierer wurde Kollege Heining er einstimmig gewählt. Zum Schluß beschloß die Versammlung, in eine kräftige Agitation unter unseren Hilfsarbeitern sowie unter den bei den Kleinmeistern beschäftigten Kollegen einzutreten, damit auch diese über den Wert der Organisation aufgeklärt werden.

**Offenbach a. M.** (E. 29. 1.) In der Zeit vom 10.—17. Januar fanden verschiedene Branchenversammlungen statt. Diese Versammlungen sowie die Einteilung der Branchen waren schon im Herbst 1909 geplant. Mit Rücksicht auf den guten Geschäftsgang und der dadurch verursachten Heberfeierabendarbeit wurde jedoch der Plan erst jetzt zur Verwirklichung gebracht. Die Erfahrungen, die bei den ersten Versammlungen gemacht wurden, lassen erkennen, daß mit einer derartigen Einteilung den Bedürfnissen aller Kollegen Rechnung getragen wurde. Waren doch alle Versammlungen bis auf die der Stepperrinnen und Baderinnen, bedeutend besser besucht, als dies jemals bei Mitgliederversammlungen der Fall war. Hoffen wir, daß die Kollegen und Kolleginnen damit handhaben und dafür sorgen, daß auch der letzte an seiner Branchenversammlung teilnimmt. Der Wert des Besuches dürfte dann auch jedem Kollegen bald klar werden. Auch die Versammlung der Lehrlinge hatte den gewünschten Erfolg, sind doch dadurch bis jetzt schon mehr denn ein halbes Hundert unserer Lehrlingsabteilung beigetreten. Aufgabe der Kollegen muß es sein, die Lehrlinge und deren Eltern über die Zweckmäßigkeit der Organisation aufzuklären, um auch den letzten dieser Lehrlingsabteilung zuzuführen. Denn nur dadurch können wir erfahren, wieviel und welche Lehneinsteiger die getroffenen Vereinbarungen betr. das Lehrlingswesen bis jetzt noch nicht einhalten. „Auf, Kollegen! An die Arbeit! Die Jugend muß uns gehören.“

Als Branchenseiter wurden folgende Kollegen gewählt: Für eingelödete Meisereitel Kollege Rehmel; offenantige Meisereitel Kollege Jung; kleine Tamentaschen Kollege Sell; Einrichtungen und Kassen Kollege Marenigh; Ansjum und Trezor Kollege Krüger; Mahnen und weiche Arbeit Kollege Höf; Anschläger Kollege Ort; Zuschneider Kollege Wurm.

Alle späteren Branchenversammlungen werden nur durch den Versammlungskalender in unserer Fachzeitung bekannt gegeben und ersuchen wir die Kollegen, denselben immer zu beachten.

**Offenbach.** (E. 29. 1.) Am 24. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Neuwahl der Kommissionen; 3. Verbandsangelegenheiten. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl war dieselbe wie alle anderen Mitgliederversammlungen sehr schlecht besucht, was vom Vorstände mit Recht scharf gerügt wurde. Ob es was nutzen wird? Den Geschäftsbericht gab

Kollege Wurm, der alle wichtigen Verfassungen des verfloffenen Jahres in unserer Vertretungsstelle, im Verbande, sowie in der Heberbewegung im allgemeinen besprach. Die Kollegen möchten sich ein Beispiel nehmen an den stämmigen der Arbeiterschaft, die auch uns nicht erspart bleiben dürfen. Die Kollegen sollten deshalb mehr wie je Interesse dem Verbandsleben entgegen bringen und in diesem Jahre kräftig mitarbeiten, damit uns die Unternehmern in nächster Nähe bei der Erneuerung des Tarifvertrags gestützt werden. Er hoffte, daß die geschaffene Brandeneinteilung und deren Versammlungen dazu beitragen mögen, die Kollegen einander näher zu bringen, jedem das Geheime zu schätzen, damit die Kollegen endlich begreifen, weshalb sie organisiert sind; denn nicht nur zahlende, sondern kämpfende Mitglieder müssen wir haben, wenn wir zu dem Ziele gelangen wollen, das wir uns gestellt haben. Den Kassenbericht vom 4. Quartal gab Kollege Krüger. Aus demselben ist zu entnehmen: Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 1493,45 Mk., denen folgende Ausgaben gegenüber: Meiseunterstützung 19,50 Mk., Arbeitslohnunterstützung 54,50 Mk., Krankenunterstützung 120,75 Mk., und 195 Mk. Beerdigungsbeiträge. Im Auftrag des Zentralvorstandes wurden 1716,32 Mk. ausgegeben. An Prozenten verblieben der Verwaltung 1421,81 Mk., so daß ein Betrag von 571,57 Mk. an die Hauptkasse abgesetzt werden konnte. In die Bezirksunterstützungskasse wurden für 12 241 Marken à 5 Pf. 612,05 Mk. abgeliefert. Die Ausgaben der örtlichen Verwaltung beliefen sich auf 1301,07 Mk., so daß von deren Einnahmen im Betrage von 1421,81 Mk., der Lokalkasse 30,74 Mk. überwiesen werden konnten. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 465,87 Mk., worunter 309,59 Mk. Heberbeitrag vom Herbst. Mit dem Kassenbestand vom 3. Quartal beträgt das Vermögen der Lokalkasse nun 2320,52 Mk. Die Mitgliederbewegung hatte einen Zugang von 107 und einen Abgang von 64 zu verzeichnen. Mitgliederbestand am Quartalschluß 1344 männliche und 112 weibliche, zusammen 1446 Mitglieder; ein Mehr von 43 gegen das dritte Quartal. Seit dem 1. Juli beträgt die Zunahme rund 100 Mitglieder. In diese Periode schloß sich eine längere Diskussion. Zunächst wurde verlangt, in Zukunft die ausgeschiedenen Mitglieder den Kollegen namhaft zu machen, um auf dieselben besser einwirken, ev. dem Verbands erhalten zu können. Die weitere Debatte drehte sich in der Hauptsache um Tarifverträge der Kollegen und um die immer weiter um sich greifende Heimarbeit; diesem Zustande müßte endlich mal Einhalt geboten werden. Im Geschäftsbericht hätten diese Zustände mehr in den Vordergrund treten sollen. Kollege Wurm erklärte, daß er der Meinung war, die Mitstände in dem Vertragsverhältnis, an denen nicht nur die Kollegen von Offenbach, sondern die des ganzen Bezirks beteiligt seien, sollte man in einer so schwach besuchten Versammlung nicht behandeln, da gerade die Kollegen, die es angeht, nicht zugegen seien. Das Material sei zur Hand, er werde jedoch darüber als Obmann der Tarifüberwachungskommission in einer Versammlung Bericht erstatten, die so gelegt sein müsse, daß auch die Kollegen von auswärts daran teilnehmen können. Damit erklärt sich die Versammlung einverstanden. Einen Beschluß betr. der Heimarbeit bittet Kollege Wurm nicht zu fassen, man kann es wohl begreiflich finden, daß Kollegen darüber aufgekratzt sind, wenn sich in letzter Zeit Kollegen, die früher die größten Gegner der Heimarbeit waren, jetzt selbst zu Hause sitzen und daselbe tun, was sie früher bei anderen nicht schaff genug bezurteilen konnten. Es dürfte genügen, wenn sich die Versammlung bei Erklärung anschließt, daß wir nach wie vor Gegner aller Heimarbeit sind. Wenn wir diese auch nicht mit einem Male beseitigen können, so ist es doch unsere Aufgabe, die größten Auswüchse und das weitere Umsichgreifen so viel wie möglich zu verhindern. Die Versammlung hält es für die Pflicht eines jeden Kollegen, in diesem Sinne auflärend zu wirken. Bei dem nächsten Vertragsabschluss müße hierzu doch Stellung genommen werden. Damit erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Zur Neuwahl der Ortsverwaltung gibt der Vorsitzende bekannt, daß sich der Vorstand schon vor den Branchenversammlungen mit dieser Frage beschäftigt habe und zu der Meinung gelangt sei, daß es um ein dauerndes und fruchtbares Zusammenarbeiten zu ermöglichen und von allem unrichtig zu sein, gut wäre, wenn in den einzelnen Branchen bei der Wahl des Branchenseiters gleich darauf hingewiesen würde, daß solche Kollegen ausgesucht werden, die sich auch dazu bereit fanden, nicht nur in ihrer Branche, sondern auch in der Ortsverwaltung mittätig zu sein; dadurch würde auch ermöglicht, daß jede Branche in der Ortsverwaltung durch eine tüchtige Kraft vertreten ist. Von welchem Vorteil dies sein könne, dürfte sich bei eventuellen Verhandlungen mit den Arbeitgebern, erweisen. Selbstverständlich sollte dadurch der



Generalversammlung nicht das Recht der Wahl beschließen werden, wenn die heutige Versammlung diesen Plan verwerfe, müßte sich der Vorstand damit abfinden. Doch dürfte es nicht im Interesse der Kollegen liegen, wenn anders verfahren würde. Resingest war man der Meinung, daß man nicht in allen Branchen die Sache so verhandeln habe, wie sie jetzt von dem Vorsitzenden erläutert würde, sondern dürften dann die Kollegen viel Arbeit bekommen. Wichtigere wäre es, die Branchenleiter nicht in die Krisenverwaltungen zu wählen, diese sollten vielmehr mit früheren gemeinsame Sitzungen abhalten, um immer unterrichtet zu sein. Selbstverständlich sei, daß dann die betreffenden Kollegen für die Sitzungen entschädigt werden müßten; in dieser Beziehung sei das Sparsystem nicht angebracht. Man dürfe von dem einzelnen Kollegen zu viel verlangen. Sollten dadurch unsere 15 Proz. nicht ausreichen, müßte der Zentralvorstand eben mehr zur Verfügung stellen. Kollege Warm erklärt, daß sich der Zentralvorstand, soweit er unterrichtet sei, mit anderen Gedanken trage, welche eher dem Gegenteil von „Mehr“ entsprechen. Es wurde dann der Vorschlag der Krisenverwaltung angenommen und die Branchenleiter, welche bis auf einen, der verhindert war, anwesend waren, in die Krisenverwaltung gewählt. Die Wahl der Stimmbelegierten ging glatt vonstatten, da sich die bisherigen Vertreter bereit erklärten wieder anzunehmen, wurden dieselben wiedergewählt. Dasselbe geschieht mit der Wahl des Saalbauverwalters.

Es wird noch Stellung genommen zu der in einigen Wochen stattfindenden Gewerbegerichtssache. Der Vorstand wird beauftragt, mit den bisherigen Besitzern in Verbindung zu treten, resp. dieselben zu ersuchen, das Amt wieder anzunehmen, andernfalls selbst geeignete Kollegen vorzuschlagen. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und die Versammlung kurz nach 12 Uhr geschlossen.

**Königsberg i. Pr.** (E. 31. 1.) Am Dienstag, 18. Januar, fand unsere Mitgliederversammlung statt, die mäßig besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht, 2. Wahl des Vorstandes; 3. Bericht des Kollegen Friedrich erstattete den Kassenbericht, der geprüft und für richtig befunden worden ist. Nur wurde die lässige Beitragszahlung einiger jüngerer Kollegen gerügt. Zum 2. Punkt, Wahl des Vorstandes, wurde der alte Vorstand bis auf den 1. Schriftführer wiedergewählt. An Stelle des Kollegen Strieg wurde Kollege Gronwald zum Schriftführer gewählt. Kollege Donalies hielt nun einen Rückblick über die beiden letzten, für uns nicht sehr erfreulichen Jahre. Zum Schluß forderte der Referent alle anwesenden Kollegen auf, sich zusammen zu setzen für die gute und gerechte Sache, damit auch hier bald wieder eine bessere Zeit eintreten möge.

**Stettin.** (E. 31. 1.) In der Versammlung vom 30. Januar wurde unter „Geschäftliches“ ein Rundschreiben des Magistrats bekannt gegeben, welches zum Zweck statistischer Erhebungen über die Lage des Arbeitsmarktes an alle Gewerkschaften ergangen ist. In der Debatte darüber wird bemängelt, daß sich die arbeitslosen Kollegen nicht (wie erforderlich) melden. Es wird eine Kommission gewählt, welche ein Regulativ ausarbeiten soll, worin dieser Punkt besonders berücksichtigt wird. Es soll in Zukunft stricte danach verfahren werden, um so die Mitglieder zur Einhaltung der Meldepflicht zu bestimmen. Es wird den Anwesenden an Beispielen vorgeführt, wie wichtig es ist, jedes, auch das unscheinbarste Vorkommnis zu melden. Wenn es sich nicht immer um materielle Vorteile handelt, so ist es doch die Wahrnehmung unseres Rechts, welches uns so wie so schon überall freitig gemacht wird, und wir nicht das Geringste davon beredenken sollten. Die angekündigte Lohnreduzierung in der Autobude Gebr. Stöwer ist vorläufig nicht eingetreten, was auf das Verhalten der beteiligten Kollegen zurückgeführt wird. Der Anfang der letzten Zeitung wird bemängelt. Weil Berichte zurückgestellt sind, ist man der Meinung, daß es an Stoff nicht fehlen kann und es den Anschein hat, als ob auf Kosten der Fachbeilage die Zeitung in der Weise reduziert wird. Es wird beantragt, die Einzelmitglieder und auswärtigen Kollegen, welche am Vergnügen teilnehmen, sind vom „Gewerbetag“ befreit; diesem wird zugestimmt. Nach Erledigung einiger Anfragen und sonstiger lokalen Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

**Annert.** d. Med. Um die ziemlich erheblichen Kosten der Fachbeilage etwas zu verringern, hat der Vorstand beschlossen, allmonatlich einmal eine nur vierseitige Nummer der Zeitung herauszugeben. In besonders dringenden Fällen wird allerdings auch diese Nummer voll erscheinen müssen.

**Stuttgart.** (E. 31. 1.) Am 23. Januar, abends 8 Uhr, fand im Gewerkschaftshause unsere Halbjahresgeneralversammlung statt. Dem Vorstandsbereich ist zu entnehmen: Mitglieder- und Branchenversammlungen fanden 28 statt, Werkstattversammlungen 37, Vertrauensmänner- und Funktionärversammlungen 2, Schlichtungskommissions-, Tarifkommissions- und Ausschusssitzungen waren 30 zu verzeichnen. Die Mitgliederversammlungen waren im Durchschnitt von 70 Mitgliedern besucht. In der Lederwarenbranche fand eine Lohnbewegung statt, welche mit Erfolg unter Abbruch eines Jahrgang Tarifvertrages ohne Arbeitseinstellung beendet wurde. Wegen Differenzen, namentlich bei den unter Vertrag arbeitenden Firmen der Reissartikel- und Portefeullerbranche mußte von den Werkstattkommissionen wiederholt eingegriffen werden; vom Vorsitzenden als Chairman der Schlichtungskommission in 6, vom Gauleiter in 2 Fällen. Die beim Vertragsabbruch dieser Branchen so oft erwähnte Lohnsituation zeigte sich zum Teil bei der Einhaltung desselben in einem sonderbaren Maße; hier hilft nur straffe Disziplin! Der Geschäftszweig war in allen Branchen am Orte ein besserer geworden dem Vorjahre. Statistische Erhebungen fanden über Einhaltung von Vertragsbestimmungen, insbesondere über die Ausdehnung der Heimarbeit; ferner über Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation und Abkommen auf die Arbeiterpresse. — Am 1. Februar soll eine fortlaufende Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen aller Branchen zur Einführung gelangen. — Dem Massenbericht ist zu entnehmen: Im 2. Halbjahre sind an Einnahmen und Ausgaben 12 832,64 Mk. zu verzeichnen. Arbeitslos waren 93 Mitglieder 927 Tage, davon erhielten 26 Unterhaltungsrechte inkl. Sozialzuschuß 573,50 Mark Arbeitslosenunterstützung. Kranf waren 46 Mitglieder, davon erhielten 30 Unterhaltungsrechte 641 Mk. Krankenunterstützung. — Für Schweden wurden 211 Mk. abgeliefert.

Bei Punkt „Wahlen“ wurden der Schriftführer, der 2. Kassierer und ein Beisitzer neu gewählt. In der Krisenverwaltung sind nun sämtliche Branchen vertreten. — Um ein vorteilhaftes Zusammenarbeiten zwischen Gau- und Krisenverwaltung zu ermöglichen, soll der jeweilige Vorsitzende als Gau-Beisitzer fungieren. — Anträge zur Revision des Statutats werden in einer zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung behandelt werden. Der Generalversammlung soll in Zukunft ein Auszug aus dem Massenbericht unterbreitet werden. — Die Mitgliederzahl des Sattlerverbandes betrug am 1. Januar 1909 256, davon (19) weibliche; am 1. Juli Sattlerverband 286 (19), Portefeullerverband 58 (1); am 1. Januar 1910 378 (26), somit im verflohenen Jahre ein Zuwachs von 69 Mitgliedern. Schluß der von 113 Mitgliedern besuchten Versammlung um 12½ Uhr.

**Rechtssprechung.**

**Ist der Tarifvertrag im Offenbacher Portefeuller-Gewerbe ortsüblich?** Dem „Offenbacher Abendblatt“ entnehmen wir folgenden, auch für die Kollegen anderer Orte interessanten Bericht über einen vor dem dortigen Gewerbegericht ausgetragenen Rechtsstreit: Der Lederwarenfabrikant Herr. Scholtes von der Bernaditstraße 51 gehört dem hiesigen Fabrikantenverein seiner Berufsgruppe nicht an. Er oder vielmehr sein stiller Teilhaber Thiel, der wohl als Gehilge die bestimmende Rolle in der Firma spielt, erlaubt daher nicht verpflichtet zu sein, die Bestimmungen des zwischen dem Fabrikantenverein und der hiesigen Zahlstelle des Sattler- und Portefeullerverbandes abgeschlossenen Tarifes innezuhalten. So bestimmt der Tarif u. a., daß für Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 25 Proz. zu zahlen ist. Die Firma Scholtes aber hat einem ihrer Arbeiter, den sie selbst noch dazu als die Hauptstütze ihres Geschäftes ansah, nicht nur den tarifmäßigen Zuschlag nicht gezahlt, sondern überhaupt keinen Zuschlag, so daß in der Verhandlung des Gewerbegerichts, das über einen aus Ueberstundenarbeit herührenden Anspruch dieses Arbeiters V. zu entscheiden hatte, selbst der Vorsitzende nicht umhin konnte, seinem Erlaunen über ein solches Verhalten Ausdruck zu geben. Leider wurde in der Sache selbst ein Urteil nicht gefällt; das Gericht hielt es für besser, um bei der Verzweiflung des Prozeßes mit einer ganzen Anzahl gegenseitiger Ansprüche über die letzte Zuständ dreier Parteien die Hinwegzukommen, mit dem ganzen Gewicht seines Einflusses auf einen Vergleich hinzuwirken, der schließlich nach drei Verhandlungen von je mehrstündiger Dauer auch zustande kam. Bei der geringfügigen Höhe des Objekts und der nach dem geradezu unqualifizierbaren Verhalten des Herrn Thiel drohenden Gefahr der gegenseitigen Meinheitsbezügungen ist an sich diesmal gegen die Annahme des Vergleichs — unbeschadet unserer prinzipiellen Gegnerschaft gegen diese im allgemeinen — nichts zu sagen. Damit aber der Rechtsicherheit im Offenbacher Portefeuller-Gewerbe durch diesen Vergleich kein Abbruch geschehe, wollen wir hier ausdrücklich folgendes feststellen: In einem früheren Prozeß hat das hiesige Gewerbegericht ent-

schieden, daß die Bestimmungen des Portefeuller-tarifs für Eisenbad als ortsüblich zu gelten haben und daher auch für die dem Fabrikantenverein nicht angehörenden Unternehmer sowie für die dem Ver-bande fernstehenden Arbeiter wirksam sind. — Aus-der zum Teil bis zur dramatischen Erregtheit auf-geleiteten Verhandlung ist ferner die Verhandlung müssen wir nach ein Lohnfestsetzungsverfahren der Firma hier erwähnen, das, wenn es weitere Ver-breitung im hiesigen Portefeuller-Gewerbe haben sollte, schärfste Zurückweisung sowohl im Interesse der Arbeiter wie in dem der Mundschädel verdient. Die Verhandlung ergab nämlich, daß die Firma die in ihren Auftragsbüchern eingetragenen Arbeits-löhne nur nach einem Anzuge von 25 Proz. an ihre Arbeiter ausgab. Wenn auch Herr Thiel dieses eigenartige Gebahren damit zu erklären suchte, daß die Vollpreise eben nur für ganz kleine Aufträge unter einem Tausend gelten können, während bei größeren Aufträgen die Arbeiter weniger Arbeit und daher auch geringeren Anspruch auf Lohnlohn hatten, so scheint uns die Ansicht des Vorsitzenden die richtige zu sein, daß die Firma, um höhere Preise rechtfertigen zu können, den Kunden gegenüber höhere Arbeitslöhne aus ihren Büchern nachzuweisen in der Lage sein will. Denn daß für kleine Fern-bestellungen höhere Löhne berechnet werden müssen, als für große Aufträge, das wissen die Kunden sicher auch ohne den buchmäßigen Nachweis.

**Rundschau.**

**Aus den Parlamenten.** Im Deutschen Reichs-tage gelangen auch im Laufe dieser Woche ganz interessante Tatsachen gelegentlich der kolonial-debatten zur Kenntnis der Reichsboten und der Landeskinder. Infolge dessen sind glücklicherweise schon etwas abgetrumpft durch die Vorkommnisse der letzten Jahre, so daß uns „Aleinigkeiten“ nicht mehr sonderlich aufregen. Der russisch-japanische Krieg und die sich daran anschließende Ausbeutung von un-erschörtem Defizitenschein und Beamtenkorruption, bei uns die Tuppelstircherei und andere Dinge, in neuerer Zeit der famose Kieler Werkprozeß usw. Alle diese Dinge haben abtumpft gewirkt, so daß 500 000 wollene Strümpfe und Unterhosen, die, weil zuviel davon bestellt wurden, in Ostafrika im Re-gierungsschuppen lagen und nicht Verwendung finden können, uns nicht mehr groß aufzuregen vermögen. Die Budgetkommission des Reichstags stellte infolge dieser wohl unfreiwilligen Bekannt-machung des Staatssekretärs das ganze Kapitel zurück, um noch eine genauere Nachuntersuchung vor-nehmen zu können. Das ist recht so! Vielleicht findet man bei dieser Gelegenheit auch noch einige andere Gegenstände, die man auch längst als ver-bräutet betrachtete und dort im Wägenhaude ein beschauliches Stilleben führen? Die wollenen Strümpfe und Unterhosen brauchten übrigens dort drüben wirklich nicht ungenutzt zu sein. In diesem Winter hat es sicher noch eine große Anzahl Men-schen in unserem Vaterlande gegeben, die diese Ar-tikel bitter entbehren mußten. Also herans damit und unter die Arme verteilt, wenn der Staat dafür wirklich keine Verwendung haben sollte. — Der Mansfelder Streik konnte bei dem Kapitel „Kriegs-minister“ noch einmal zum Gegenstande eingehender Erörterung gemacht werden, wobei der Präsident Dr. Spahn verbanderte, daß der famose „Fleischer“, mit dem wir uns bereits in voriger Nummer be-faßten, nachmals erwähnt wurde, ist es doch fleisch von keinem Fleisch, dieser „Fleischer“.

Die Schuldenlast des Reiches ist nun glücklich auf mehr als 5 Milliarden angewachsen. Kein Wunder, daß auch den bürgerlichen Abgeordneten vor dem trüglichen Wachstum ihres Lieblingskinder, dem Militarismus, ein stilles Grinsen überkommt. Die Kosten für das Heerwesen sind beständig ge-wachsen. 1872 betragen sie 360 Millionen Mark, 1878 bereits 375 Millionen, 1889 waren sie auf 695 Millionen angewachsen, 1908 auf 855 Millionen und 1910 betragen sie annähernd 900 Millionen. In ganz ähnlicher Weise ist auch der Pensionsfonds ge-wachsen. 1872 betrug er 21 Millionen Mark, in dem gegenwärtigen Etat beträgt er 108 Millionen Mark. Eine Mobilmachung würde heute pro Tag mehr als 17 Millionen Mark kosten; wenn man das weiter ausdenkt, ergeben sich selbst bei einem ganz kurzen Kriege geradezu ungeheuerliche Zahlen. Der Julius-turm ist A. B. in einer Woche pleite. Und da sagt der General von Stein: „Das Sequassel von dem ewigen Weltfrieden ist Kumpel.“ Ein anderer Offizier A. B. gab seinem Schmerz über diese krieg-lose, die schreckliche Zeit auch Ausdruck, weil die Truppen keine „praktischen“ Übungen und die Offiziere keine — Karriere machen können. Na, Gott sei Dank, daß wir da wenigstens das bisphen Schädleinischlagen in Afrika hatten, dadurch wird der Rißstand des Nichtkriegführens wenigstens etwas behoben. Auch darf man wohl damit rechnen, daß Mansfeld vorerst nur ein Versuch, ein schwacher Anfang war, um dem Militär Gelegenheit zu geben,

